

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Claudia Mast

## Innovationen im Mediensystem

Herausforderungen, Konsequenzen, Perspektiven

Heinrich Oberreuter

## Wirklichkeitskonstruktion und Wertwandel

Zum Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur

B 27/87  
4. Juli 1987

Claudia Mast, Dr. phil. habil., geb. 1952; Studium der Kommunikationswissenschaft, Politischen Wissenschaft und Romanischen Philologie; Deutsche Journalistenschule e. V. (München); Dozentin für Kommunikationswissenschaft und Sozialpsychologie an den Universitäten München und Zürich; Leiterin der Abteilung für gesellschaftspolitische Grundsatz- und Bildungsarbeit der Siemens AG (München).

Veröffentlichungen u. a.: Politische Öffentlichkeit. Untersuchung einer Parteiensendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, Osnabrück 1978; Aufbruch ins Paradies? Die Alternativbewegung und ihre Fragen an die Gesellschaft, Zürich—Osnabrück 1981<sup>2</sup>; Zwischen Knopf und Kabel. Kommunikationstechnik für Wirtschaft und Feierabend, Zürich—Osnabrück 1983; Der Redakteur am Bildschirm. Auswirkungen moderner Technologien auf Arbeit und Berufsbild des Journalisten, Konstanz 1984; Medien und Alltag im Wandel. Eine Literaturstudie zu Akzeptanz und Nutzung neuer und alter Medien, Konstanz 1985; Tageszeitung und Neue Medien. Zum Engagement der Presse im elektronischen Umfeld, Konstanz 1986; Was leisten die Medien? Funktionaler Strukturwandel in den Kommunikationssystemen, Osnabrück 1986.

Heinrich Oberreuter, Dr. phil., geb. 1942; o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau; 1977—1980 Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin; 1974 Preis des Bayerischen Landtages; Mitglied des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975; (mit E. Hübner) Parlament und Regierung. Ein Vergleich dreier Regierungssysteme, München 1977; Kann der Parlamentarismus überleben? Bund — Länder — Europa, Zürich 1978<sup>2</sup>; (mit Hans Maier u. a.) Parlament und Parlamentsreform, München 1979<sup>2</sup>; (Hrsg.) Freiheitliches Verfassungsdenken und politische Bildung, Stuttgart 1980; (Hrsg.) Pluralismus — Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980; (Hrsg.) Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien, Passau 1981; Übermacht der Medien, Zürich 1982; Parteien — zwischen Nestwärme und Funktionskälte, Zürich 1983; (Hrsg.) Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie, München 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Innovationen im Mediensystem

## Herausforderungen, Konsequenzen, Perspektiven

Medienpolitische Diskussionen sind in vollem Gange. Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, Beratungen und Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Bundesländer, einzelne Versuche und Experimente, aber auch erste Erfahrungen mit sogenannten neuen Medienangeboten setzen Zäsuren und liefern immer weitere Diskussionspunkte. Die politische Auseinandersetzung im Hinblick auf die Anwendung und vor allem die Abschätzung der Auswirkungen von Innovationen im Mediensystem ist seit vielen Jahren in vollem Fluß und reich an vielfältigen Facettierungen. Die Positionen der Kirchen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die kontroversen Perspektiven der Parteien und Verbände. Anbieter und Produktionsgesellschaften melden sich mit ihren Meinungen und Erfahrungen ebenso zu Wort wie die Repräsentanten öffentlich-rechtlicher Anstalten, der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft<sup>1)</sup>.

Um etwas Licht in den medienpolitischen Dschungel<sup>2)</sup> zu bringen und einige Problem- bzw. Handlungsfelder abzustecken, werden im folgenden (technische) Innovationen in ihren Konsequenzen für das Mediensystem analysiert. Hierbei geht es nicht um die Beschreibung technischer Entwicklungen, sondern um den Wandel der Medienleistungen

in seinen Auswirkungen auf die Struktur des Kommunikationssystems<sup>3)</sup>.

1. Die Anwendung technischer Innovationen hat die Geschichte des gedruckten Wortes (Presse) wie auch der Telekommunikation geprägt und ihre Leistungsgrenzen abgesteckt. Daraus hat sich ein vielfältiges Beziehungsgeflecht im Mediensystem entwickelt, dessen Strukturverschiebungen ein hohes Maß an politischer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gefunden haben (Teil I).

2. Der zu beobachtende Wandel des Mediensystems ist mehr als eine bloße Funktionsverlagerung, sondern enthält Elemente eines grundsätzlichen Strukturwandels, der die Beziehungen zwischen den einzelnen Medien, zwischen den Mediensystemen und den Akteuren verändert. Die Entwicklung der Medien weist auf ein vielfältig verschlungenes System hin, das bislang Getrenntes verbindet, herkömmliche Grenzen aufhebt und letztlich eine politische und wissenschaftliche Grundsatzdiskussion erfordert (Teil II).

3. Einige Konsequenzen für die politische Kommunikation, die sich aus dem Wandel im Mediensystem ergeben können, werden in Thesenform zusammengefaßt (Teil III).

## I. Medientechnologische Entwicklungen als Strukturprobleme der Massenmedien

Technische Innovationen und ihre Anwendung haben seit jeher die Entwicklung des Mediensystems

geprägt. Die Mediengeschichte selbst kann als ein Hinzukommen immer neuerer Mitteilungsmöglichkeiten begriffen werden, deren Leistungen, aber auch Grenzen vom jeweiligen technischen Entwicklungsstand abhängen. Dies läßt sich durch eine Vielzahl von Beispielen aus der Geschichte der gedruckten Medien wie auch der Telekommunikationsmittel belegen<sup>4)</sup>. Ein Blick zum Beispiel auf

<sup>1)</sup> Als aktuelles Beispiel vgl. Alois Rummel (Hrsg.), Die Medienwelt bewegt sich doch. Ein Angebot für den mündigen Bürger, Mainz 1986; vgl. auch Claudia Mast, Neue Medien. Ergebnisse, Erwartungen, Spekulationen (Literaturhinweise), in: Publizistik, 31 (1986) 3-4, S. 504-518.

<sup>2)</sup> Vgl. Karl Geibel, Medien-Dschungel, Gerlingen 1983.

<sup>3)</sup> Eine ausführliche Analyse des Wandels der Medienleistungen in seinen Auswirkungen auf die Struktur des Kommunikationssystems, die Nutzungsmöglichkeiten des Bürgers und die ordnungspolitische Bewältigung enthält: Claudia Mast, Was leisten die Medien? Funktionaler Strukturwandel in den Kommunikationssystemen, Osnabrück 1986.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu Manfred Bobrowsky/Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg.), Wege zur Kommunikationsgeschichte, München 1987.

die gedruckten Medien zeigt, daß die Entwicklung von Zeitung, Zeitschrift und Buch eng mit der jeweiligen Herstellungs- und Vertriebstech­nik verbunden ist. Diese Medien haben über Jahr­hunderte hinweg die jeweils verfügbare Technik genutzt, um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, den Komfort (z. B. Druckqualität) für den Leser zu verbessern und neue Bereiche publizistisch und wirtschaftlich zu erschließen.

## 1. Technische Innovationen und gedruckte Medien (Exkurs)

Blicken wir zunächst gut 500 Jahre zurück. Dank Gutenbergs Erfindung der beweglichen Lettern konnte das *Bücherschreiben* abgelöst werden und, im Handsatz zusammengefügt, jede gewünschte Anzahl von Drucken angefertigt werden. 30 Jahre später waren bereits eineinhalb Millionen Bücher gedruckt und innerhalb von weniger als einhundert Jahren verbreitete sich das Verfahren weltweit. Seit dieser Zeit wurden technische Innovationen in den gedruckten Medien schrittweise und in sehr unterschiedlichen Phasen beim Setzen und Drucken eingesetzt. Dadurch wurden immer größere Auflagen und Reichweiten, ein immer breiteres und differenzierteres Themenspektrum bis hin zur Wiedergabe von Bildern und Farben ermöglicht.

Zunächst wurde aber seit Gutenberg bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Buchstabe für Buchstabe von Hand gesetzt. Weitere technische Innovations­schritte beeinflussten dann den Produktionsprozeß. Der Druckvorgang wurde automatisiert. 1811 baute Friedrich König die erste Druckmaschine mit Dampfantrieb. 1814 wurde bei der Londoner „Times“ erstmals eine Schnellpresse eingesetzt, die mit Dampf betrieben wurde. Die Zeiträume zwischen Erfindung und Anwendung technischer Neuerungen sind bei den gedruckten Medien in der Regel kurz. Bereits 1848 wurde die „Times“ auf einer Rotationspresse hergestellt, wobei das Papier von einer rotierenden Rolle bedruckt wurde. Gegen Ende des Jahrhunderts konnten auf Sechsfach-Rotationsmaschinen gleichzeitig Vorder- und Rückseiten von Zeitungen gedruckt werden.

Die Ablösung manueller Drucktechnik durch automatisierte Prozesse brachte eine Steigerung der Druckleistung, die sich vor allem in höheren Auflagen niederschlug. Auf einer Handpresse konnten im 19. Jahrhundert stündlich etwa 300 Bogen (ein

Bogen = 16 Druckseiten) gedruckt werden, 1 100 auf einer Schnellpresse und 8 000 auf einer Rotationsmaschine.

Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Druckmedien hatte 1884 Ottmar Mergenthaler, der die Zeilensetz- und Gießmaschine Linotype („a line of types“, in Blei gegossene Zeile) baute. Der Produktionsprozeß der gedruckten Erzeugnisse konnte durch die Texterstellung mit diesem Maschinensatz wesentlich beschleunigt werden. Die Mechanisierung der Textherstellung erlaubte es, die Produktionskapazität der Zeitungsverlage zu vervielfachen. Die hohen Auflagen der Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Massenpresse wurden damit erst möglich. Zudem hatte Georg Meisenbach die Autotypie erfunden, die den Inhalt der Druckmedien anreicherte, da sie die Wiedergabe von Fotografien ermöglichte.

Der Setzleistung waren jedoch in der manuellen Bedienung der Setzmaschinen Grenzen gezogen. Bereits Mitte der dreißiger Jahre wurde für die Fernsatzherstellung ein Verfahren erfunden, das in den fünfziger Jahren den Texterfassungsvorgang (durch Herstellung von Lochstreifen) und den eigentlichen Produktionsvorgang (das Steuern der Zeilengießmaschinen durch Lochstreifen) trennte. Der Einsatz elektronischer Satzrechner zur Steuerung der Setzmaschinen war ein weiterer Entwicklungsschritt.

Fotosatzmaschinen haben seit Mitte der siebziger Jahre den Bleisatz in der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr abgelöst und zugleich den Übergang vom Hoch-(Buch-)Druck zum Offsetdruckverfahren ermöglicht. Dies ist ein Flachdruckverfahren, das zu hoher Druckqualität insbesondere bei Bildern und Mehrfarbendruckern führt. Druckplatten können mittels elektronischer Verfahren einfach hergestellt werden. Offsetverfahren bringen neben Kosteneinsparungen vor allem wesentliche Steigerungen der (farbigen) Druckqualität.

Während Foto- und Lichtsatz den traditionellen Bleisatz innerhalb kurzer Zeit beinahe vollständig verdrängt haben, ermöglicht der Einsatz der Elektronik, nun auch von immateriellen Druckformen zu drucken. Während zunächst die Elektronik zur Steuerung und Kontrolle eher herkömmlicher Produktionsabläufe verwendet wurde und in den einzelnen Phasen immer wieder materielle Zwischenprodukte erstellt wurden, ist das Ziel der Satztech-

nik, vom ersten Produktionsschritt bis zur Ausgabe der fertigen Druckvorlage materiellos zu arbeiten.

Die immaterielle Bearbeitung von Informationen im gesamten Entstehungsprozeß ist also das Ziel der drucktechnischen Entwicklung von Produkten, die jedoch den Leser in gewohnter Form — auf Papier gedruckt — erreichen. Ausgehend von den Nachrichtenagenturen, die bereits Anfang der achtziger Jahre weitgehend elektronisch ausgerüstet waren, wird der Einsatz elektronischer Systeme im Druckgewerbe beschleunigt<sup>5)</sup>. Das Eingeben und Bearbeiten von Texten und Bildern, sofern sie nicht schon elektronisch angeliefert werden, vollzieht sich mit elektronischen Systemen schneller, präziser und flexibler.

Seit Einführung des Foto- und Lichtsatzes und vor allem nach Installierung elektronischer Systeme<sup>6)</sup> wird zunehmend auch der Seitenumbruch elektronisch auf dem Bildschirm — wenn möglich einschließlich Bebilderung — ausgeführt, um Zeit und Material zu sparen. Ist die Seite elektronisch fertig umbrochen, kann sie durch Knopfdruck in eine Lichtsetzanlage zur Ganzseitenbelichtung übertragen werden. Ziel ist die Direktbelichtung der Druckplatten aus einem elektronischen Speicher. Mit dieser Entwicklung wollen die gedruckten Medien ihre wirtschaftliche und publizistische Leistungsfähigkeit angesichts der zunehmenden Medienkonkurrenz stärken.

Die Darstellung wesentlicher technischer Innovationen in ihren Konsequenzen für gedruckte Medien wäre nicht vollständig, würde nicht auf die (Klein-)Offsetverfahren verwiesen werden, die eine wirtschaftlich rentable Erschließung lokaler und sublokaler Kommunikationsräume und Gruppenöffentlichkeiten ermöglichen: Anzeigen- und Wochenblätter, Vereinsorgane, Stadtteilzeitungen, Alternativpresse u. a. Schätzungsweise über 12 000 Klein- und Hausdruckereien sorgen in der Bundesrepublik Deutschland für Druckerzeugnisse begrenzter Auflagen<sup>7)</sup>.

Diese Beispiele aus der Geschichte der gedruckten Medien belegen, wie diese durch die Anwendung technischer Innovationen ihre publizistische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich gesteigert, die raum-zeitliche Verfügbarkeit von Medienangeboten vergrößert und die Druckqualität von der Wiedergabe von Schrift bis zur Farbwiedergabe von Bildern erhöht haben. Sie haben dadurch den Grundstein gelegt, daß gedruckte Erzeugnisse kostengünstig und schnell hergestellt werden können und im kleinsten Kommunikationsraum (z. B. Gemeinde) bis hin über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung stehen. Gedruckte Medien haben jedoch auch auf technischem Gebiet die Schwelle zu ihren „elektronischen“ Konkurrenten überschritten<sup>8)</sup>.

Ähnliches läßt sich auch in der Geschichte der Telekommunikationsmedien nachweisen. Auch sie haben im Laufe der Entwicklung ihre Leistungsfähigkeit gesteigert, neue Bereiche erobert und vor allem die Vermittlung von Text, Bild, Sprache und Daten einzeln oder integriert erschlossen. Die immer kürzeren Innovationszyklen der Medientechnik und ihr Zusammenwirken haben jedoch seit Mitte dieses Jahrhunderts verstärkt auch zu Strukturproblemen geführt und die technische Basis für multimediale Verflechtungen geschaffen.

## 2. Strukturentwicklungen im Mediensystem

Makroanalytische Untersuchungen zu diesem Themenbereich, die über sektorale Medienauschnitte hinausgehen, fehlen<sup>9)</sup>. Systematische, das Mediensystem in seiner Gesamtheit behandelnde Fragestellungen, die auch Primärmaterial verwenden, finden sich nur punktuell.

Eine breite Untersuchung möglicher Strukturverschiebungen zwischen Massenmedien (z. B. Rundfunk, Presse) und den Mitteln der Individualkom-

<sup>5)</sup> Vgl. Claudia Mast, Der Redakteur am Bildschirm. Auswirkung moderner Technologien auf Arbeit und Berufsbild der Journalisten, Konstanz 1984 (= Journalismus, Bd. 21).

<sup>6)</sup> Vgl. Siegfried Weischenberg, Technologie-Report der deutschen Tagespresse. Zum Implementierungsgrad elektronischer Aussagenproduktionssysteme, in: Media Perspektiven, (1984) 2, S. 107—113.

<sup>7)</sup> Vgl. auch Wolfgang R. Langenbucher, Der Ausbau des drucktechnischen Kommunikationssystems. Skizzen zu einem „Printkommunikationsbericht“, in: Erhard Schreiber/

Wolfgang R. Langenbucher/Walter Hömberg (Hrsg.), Kommunikation im Wandel der Gesellschaft, Düsseldorf 1980 (= Journalismus, Bd. 15), S. 269—280.

<sup>8)</sup> Vgl. Claudia Mast, Tageszeitung und Neue Medien. Zum Engagement der Presse im elektronischen Umfeld, Konstanz 1986 (= Journalismus, Bd. 26).

<sup>9)</sup> Vgl. Gerd G. Kopper, Massenmedien. Wirtschaftliche Grundlagen und Strukturen. Analytische Bestandsaufnahme der Forschung 1968—1981, Konstanz 1982 (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, Bd. 2), S. 36.

munikation (z. B. Telefon, Brief, persönliches Gespräch), verursacht durch den Einsatz moderner Telekommunikationstechnologien, hat die Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) unternommen<sup>10</sup>). In deren Nachfolge sind eine Reihe von sektoralen Behandlungen — meist auf die aktuelle medienpolitische Auseinandersetzung bezogen — erschienen, die sich rechtlichen<sup>11</sup>), wirtschaftlichen<sup>12</sup>), in wenigen Fällen publizistischen<sup>13</sup>) oder gar strukturellen Aspekten widmeten. Die in den Bundesländern und vom Bundestag initiierten Enquete-Kommissionen und Expertengutachten<sup>14</sup>) konzentrieren sich auf eine Bestandsaufnahme der bestehenden Medienlandschaft und „Mediengeographie“ sowie auf eine Zusammenfassung vermuteter Auswirkungen neuer Medienangebote wie privates Fernsehen,

lokaler Hörfunk, Bildschirmtext u. a. auf Gesellschaft, Wirtschaft und Mediensystem.

Die Ausbreitung neuer Informationsübermittlungstechniken beeinflusst die Wettbewerbsbeziehungen zwischen den Medien und kann etablierte Medien in ihrer publizistischen und wirtschaftlichen Existenz bedrohen<sup>15</sup>). Untersuchungen einiger Ausschnitte des Mediensystems beziehen sich beispielsweise auf allgemeine Strukturentwicklungen der Presse, die vor allem in den sechziger und siebziger Jahren durch politische Auseinandersetzungen über die künftige Pressestruktur angesichts des Konzentrationsprozesses und lokaler Monopolstellungen von Zeitungen begleitet und geprägt wurden.

<sup>10</sup>) Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), Telekommunikationsbericht und 8 Anlagenbände, Bonn 1976.

<sup>11</sup>) Vgl. Martin Bullinger/Friedrich Kübler (Hrsg.), Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesberichte und Generalbericht der Tagung für Rechtsvergleichung 1979 in Lausanne, Baden-Baden 1979.

<sup>12</sup>) Vgl. Arnold Picot/Ralf Reichwald (Hrsg.), Forschungsprojekt Bürokommunikation, 4 Bde., München 1983, 1984; ferner Wolf-Dieter Rauch, Büro-Informationssysteme. Sozialwissenschaftliche Aspekte der Büroautomatisierung durch Informationssysteme, Wien-Köln-Graz 1982.

<sup>13</sup>) Vgl. Horst Decker/Wolfgang R. Langenbucher/Günter Nahr, Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft. Konsequenzen neuer technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen für Aufgaben und Strukturen der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976 (= Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 111); Wolfgang Kaiser/Bernd-Peter Lange/Wolfgang R. Langenbucher/Peter Lerche/Eberhard Witte, Kabelkommunikation und Informationsvielfalt. Eine Problemanalyse zur Gestaltung von Pilotprojekten unter dem Aspekt der Wirkung auf die Presse, München 1978.

<sup>14</sup>) Vgl. Expertenkommission Medien Baden-Württemberg, Abschlußberichte, 3 Bände, Stuttgart 1981; Battelle Columbus Laboratories (Hrsg.), Telecommunications. Key technologies. Topic 5. A Continuing Multiclient Programm, o. O., November 1983; Deutscher Bundestag, Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 9. April 1981, Bundestags-Drucksache 9/2442 vom 28. 3. 1983; Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), Telekommunikationsbericht und 8 Anlagenbände, Bonn 1976; Bernd-Peter Lange/Ulrich Pätzold, Medienatlas Nordrhein-Westfalen. Grundlagen der Kommunikation, 3 Bände, Bochum, 1983; Christian Lutz, Westeuropa auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Kritischer Überblick über Analysen, Prognosen und Optionen, Rüschnikon 1984; Simon Nora/Alain Minc, Die Informatisierung der Gesellschaft, Frankfurt 1979; Ulrich Pätzold/Jan Tonnemacher, Dimensionen neuer Informations- und Kommunikationstechniken. Bestandsaufnahme und Prognose, in: Publizistik, 26 (1981) 4, S. 508—529; Klaus Schrape, Ökonomische Perspektiven der Medienentwicklung. Über die Endlichkeit der Nachfragepotentiale für Kabelkommunikation, in: Media Perspektiven, (1983) 8, S. 533—545.

Die Michel-Kommission legte 1967 eine Bilanz der die Pressestruktur beeinflussenden Faktoren vor<sup>16</sup>). Ihre Analyse der Wettbewerbsbeziehungen zwischen Presse, Rundfunk und Film hebt medien-spezifische Unterschiede der Leistungsangebote hervor. Den Hintergrund bildeten Auseinandersetzungen zwischen den Verlegerverbänden und den Rundfunkanstalten über die Verteilung und Zuordnung des Werbevolumens sowie dessen Auswirkungen. Auch gesetzliche Regelungen zur Sicherung der Pressevielfalt wurden zur Diskussion gestellt. 1968 wurde dem Deutschen Bundestag der Bericht der „Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland“ (Günther-Bericht) vorgelegt<sup>17</sup>), der Vorschläge zur Verhinderung von Strukturverschiebungen macht.

Marktbedingungen, Konzentrationsprozeß und Komplementaritätsbeziehungen im Wettbewerb der gedruckten mit den „elektronischen“ Medien sind Gegenstand von Überlegungen über die Neugründung von Tageszeitungen und die Entwicklung

<sup>15</sup>) Vgl. Manfred Dittmers, Zum Wettbewerb zwischen den Medien, in: Publizistik, 27 (1982) 3, S. 281—292.

<sup>16</sup>) Deutscher Bundestag, Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film, Bundestags-Drucksache V/2120, Bonn 1967.

<sup>17</sup>) Deutscher Bundestag, Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik, Pressekommission-Schlußbericht, Bundestags-Drucksache V/3122, Bonn 1968.

der Presse<sup>18)</sup>, die Auswirkung auf die Arbeitssituation der Journalisten<sup>19)</sup>, über spezifische Entwicklungen in einigen Regionen, die Leistungsfähigkeit der lokalen und regionalen Berichterstattung, verfassungsrechtliche Fragen und wirtschaftliche bzw. konjunkturelle Entwicklungen.

Allgemeine Betrachtungen über die strukturelle Entwicklung des Mediensektors Rundfunk sind in verschiedenen Untersuchungen enthalten. Neuere Ansätze betonen die (künftige) Rolle des privaten Rundfunks gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie die Chancen und Risiken neuer Angebote im nationalen und internationalen Wettbewerb. Die medienpolitisch brisanteste Strukturfrage konzentriert sich auf die Organisation und den Handlungsspielraum des Mediums Rundfunk<sup>20)</sup>.

Von den spezifischen Leistungen der einzelnen Medien ging auch die Monopolkommission aus und bezog sie in ihr Sondergutachten über Wettbewerbsprobleme bei der Einführung von privatem Hörfunk und Fernsehen mit ein<sup>21)</sup>. Die Diskussion über die öffentlich-rechtliche und privatwirtschaftliche Struktur zieht sich über Jahrzehnte durch die wissenschaftliche Literatur wie durch aktuelle politische Stellungnahmen. Auch Friedrich Kübler hat angesichts der möglichen Verflechtungen im Mediensystem das Verhältnis Presse und Rundfunk 1982 unter diesem Aspekt beleuchtet<sup>22)</sup>.

Das „fünfte Rundfunkurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juni 1987 zieht einen einstwei-

ligen Schlußstrich unter die politische Auseinandersetzung um die Frage, unter welchen Möglichkeiten und Bedingungen die Konkurrenz privater und öffentlich-rechtlicher Anbieter im Rundfunkbereich stattfindet<sup>23)</sup>. Das Bundesverfassungsgericht knüpft an das „vierte Rundfunkurteil“ vom 4. November 1986 an, in dem die „duale Rundfunkordnung“ anerkannt wird: Hörfunk und Fernsehen sind als Medien aufgeteilt zwischen den herkömmlichen öffentlich-rechtlichen Veranstaltern und den neu auf dem Markt auftretenden Privaten. Daher sei es unzulässig, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Betätigung in der Region oder im Lokalen zu untersagen und dies — wie im Landesmediengesetz von Baden-Württemberg vorgesehen — den privaten Veranstaltern vorzubehalten. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht das im baden-württembergischen Gesetz enthaltene Werbeverbot für regionale und lokale Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als verfassungsmäßig bestätigt<sup>24)</sup>.

Strukturverschiebungen und multimediale Verflechtungen bzw. Konzentrationsprozesse erstrecken sich nicht nur auf das Zusammenspiel Presse und Rundfunk, wengleich diese Beziehungen einen hohen medienpolitischen Aufmerksamkeitsgrad finden. Vergleichbar zu diesem Diskussionsfeld erreicht der Videorecorder als Speichermedium eher punktuelle Beachtung, wenn es z. B. um seine Auswirkungen auf den Rundfunk(konsum), die Zukunft des Kinos und des Films geht. Außerdem spielen vor allem rechtliche Fragen (z. B. Jugendschutz) im Zusammenhang mit Videokassetten eine Rolle. Neben Nutzungs- und Verbreitungsdaten sowie rechtlichen Diskussionen überwiegen bei der Behandlung der Speichermedien eher wirtschaftlich-prognostische Perspektiven. Die Medien Tonkassette, Schallplatte, Compact Disc und jetzt das neu aus Japan kommende digitale Tonband (Digital Audio Tape, DAT) werden fast ausschließlich unter technischen und absatzwirtschaftlichen Aspekten betrachtet.

Diese Beispiele über Strukturveränderungen des Mediensystems mögen genügen, um die Vielfalt der Beziehungen zwischen den Medien zu verdeutlichen, ihren Inhalten (z. B. publizistischer Wettbe-

<sup>18)</sup> Vgl. Walter J. Schütz, Pressekonzentration, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Berlin 1971, S. 667—687; Ulrich Nussberger, Strukturbedingte Konzentrationstendenzen im Pressewesen, in: Publizistik, 16 (1971) 4, S. 390—397.

<sup>19)</sup> Vgl. Wolfgang R. Langenbacher/Otto B. Roegel/Frank Schuhmacher, Pressekonzentration und Journalistenfreiheit. Zur Entwicklung der Arbeits- und Beschäftigungssituation von Journalisten der Tageszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1976 (= AfK-Studien Bd. 4); Zusammenfassungen von Untersuchungen über das Berufsfeld Journalismus in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1974—1978), (1978—1985), Bonn 1978, 1986.

<sup>20)</sup> Vgl. Martin Stock, Zur Theorie des Koordinationsrundfunks, Baden-Baden 1981 (= Materialien zur interdisziplinären Medienforschung, Bd. 14).

<sup>21)</sup> O. V., Wettbewerbsprobleme bei der Einführung von privatem Hörfunk und Fernsehen. Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 24b Abs. 5, Satz 4 GWB, Baden-Baden 1981 (= Sondergutachten der Monopolkommission Bd. 11).

<sup>22)</sup> Friedrich Kübler, Medienverflechtung. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Marktstrukturprobleme privaten Rundfunks, Frankfurt 1982.

<sup>23)</sup> Vgl. Das Stuttgarter Landesmediengesetz zum Teil verfassungswidrig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juni 1987, S. 1f.

<sup>24)</sup> Zur Synopse der Landesmediengesetze vgl. Reinhart Ricker, Privatrundfunk-Gesetze im Bundesstaat. Zur Homogenität der Mediengesetze und Mediengesetzentwürfe, München 1985.

werb), ihrer wirtschaftlichen Ausstattung und Verbindungen (z. B. wirtschaftliche Konkurrenz- bzw. Konzentrationsprozesse, Finanzierung über Werbung, Erlöse oder Gebühren), ihrer organisatorisch-rechtlichen Ausgestaltung (z. B. privat oder öffentlich-rechtlich) und ihrer genutzten technischen Infrastruktur (z. B. elektronische Systeme zur Nachrichtenübermittlung und -bearbeitung, Frequenzpläne).

Die staatliche Ordnungspolitik muß den Wandel des Mediensystems in seinen vielfältigen Beziehungsgeflechten und Auswirkungen bewältigen<sup>25)</sup>. Hinweise auf die Art und Konsequenz von Strukturverschiebungen können folgende Untersuchungsebenen geben: die *publizistische, wirtschaftliche, organisatorisch-rechtliche* und *technische* Dimension von Medienbeziehungen und -leistungen. Dabei kann es sich allerdings nur um analytische Kategorien handeln, da einzelne Faktoren im Kontext zu sehen sind. Technische Innovationen beeinflussen nicht nur die publizistische oder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Medien, sondern haben auch Auswirkungen auf das Beschäftigungssystem und das Kommunikationsverhalten.

Der Wandel der Medienlandschaft ist in diesen Dimensionen daher zunächst nach intramediären, intermediären und transmediären Veränderungen zu unterteilen. *Intramediäre* Prozesse konzentrieren sich auf die Binnenverhältnisse eines Kommunikationsmittels sowie auf die Beziehungsstrukturen innerhalb der Mediensegmente, z. B. von Tageszeitungen oder Hörfunk. *Intermediär* sind die Beziehungen zwischen den Medienorganisationen, z. B. Zeitung und Fernsehen. *Transmediäre* Beziehungen erstrecken sich auf die „Quellen“ des Medienangebotes (Nachrichtenagenturen, Organisationen, Gruppen, Personen), die professionellen Kommunikatoren (z. B. Journalisten) und die Nutzer der angebotenen gedruckten, gefunkten oder „gekabelten“ Medien<sup>26)</sup>.

Intramediäre Strukturprobleme auf wirtschaftlicher Ebene zielen auf die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Medien eines Sektors, z. B. der Tageszeitungen untereinander. Kosten- und Personalstruk-

turen, Wettbewerbs- oder Monopolstellung, Finanzierungsgrundlagen sind Einflußfaktoren auf intramediäre Strukturverschiebungen. Im Rahmen der Auseinandersetzung über die Pressekonzentration werden insbesondere intramediäre Strukturänderungen bei Zeitungen behandelt. Ihre wirtschaftliche Dimension kann jedoch nicht ohne Einbeziehung der publizistischen Leistungsfähigkeit (z. B. Korrespondentennetz) oder der technischen Infrastruktur (z. B. elektronische Redaktionssysteme) behandelt werden<sup>27)</sup>.

Während in der Vergangenheit der Konzentrationsprozeß in der Presse aus ökonomischen und publizistischen Gründen beunruhigende Ausmaße annahm, scheint die technologische Entwicklung diesen Prozeß zu verändern. Seit etlichen Jahren setzen Zeitungen moderne elektronische Systeme ein, die es insbesondere den kleinen und mittleren Verlagen ermöglichen, wieder konkurrenzfähig zu werden oder zu bleiben. „Wenn seit 1976 die Zahl der ‚Publizistischen Einheiten‘ nicht weiter zurückgegangen, sondern vielmehr leicht angestiegen ist, so ist das vor allem eine Folge der neuen elektronischen Übertragungs- und Redaktionstechniken. Mit ihrer Hilfe konnten auch kleine Zeitungen ihren politischen Teil wieder in eigener Verantwortung gestalten.“<sup>28)</sup>

Wirtschaftliche Aspekte haben eine hohe Affinität zur rechtlich-organisatorischen Ebene der Strukturentwicklung. „Ökonomische und medienpolitische Zielsetzungen wie z. B. die privatwirtschaftliche Ausrichtung der Presse nach dem Wettbewerbsmodell legen bestimmte Organisationsformen nahe und lassen andere als weniger geeignet erscheinen. Insofern sind ökonomische Aspekte auch für Organisationsfragen relevant.“<sup>29)</sup> Wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Medien orientieren sich an Bedarf, Finanzierungs- und Absatzmöglichkeiten in Konkurrenz- oder Verbundverhältnissen.

Ähnliches gilt für publizistische Aspekte intramediärer Strukturen. Sie müssen nicht nur mögliche Konkurrenz- oder Komplementaritätsbeziehungen zu anderen Medien berücksichtigen, sondern sind von der rechtlich-organisatorischen und techni-

<sup>25)</sup> Ausführlich dazu: Claudia Mast, Was leisten die Medien? (Anm. 3), S. 230–247.

<sup>26)</sup> Winfried B. Lerg spricht von „transmediären Beziehungen im Kommunikationssystem“ als den „publizistischen Beziehungen der Kommunikationsmittel zu Kommunikatoren und/oder Rezipienten“. Winfried B. Lerg, Verdrängen oder ergänzen die Medien einander? Innovation und Wandel in Kommunikationssystemen, in: Publizistik, 26 (1981) 2, S. 193–201, hier: S. 195.

<sup>27)</sup> Vgl. Claudia Mast, Der Redakteur am Bildschirm (Anm. 5); dies., Tageszeitung und Neue Medien (Anm. 8).

<sup>28)</sup> Walter J. Schütz, Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, Bonn 1985, S. 13–24, hier: S. 22.

<sup>29)</sup> Wolfgang Kaiser u. a., Kabelkommunikation und Informationsvielfalt (Anm. 13), S. 52.



schen „Verfassung“ des jeweiligen Mediums abhängig. Moderne elektronische Systeme haben es z. B. den aktuell-universellen Pressemedien erlaubt, ihre publizistische Leistungs- und Anpassungsfähigkeit zu steigern und auch den Grundstein für intermediäre Verflechtungen zu legen (z. B. Bildschirmtext-Angebote von Zeitungen).

Die intramediäre Organisationsstruktur und Rechtsform ist geschichtlich gewachsen. „Jede Organisation von (Massen-)Medien ist historisch bedingt. Sie legt fest, wie das Potential der jeweils zur Verfügung stehenden technischen Mittel zur gesellschaftlichen Kommunikation genutzt werden soll und kann . . . Dabei ergeben sich gewisse Grundstrukturen der Kommunikationskultur, die gerade in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten dreißig Jahren weitgehend unverändert blieben. Die neuen Techniken der Telekommunikation haben nun aber Bewegung in die kommunikationspolitische Diskussion gebracht.“<sup>30)</sup> Mit dem Aufkommen neuer technischer Möglichkeiten ändert sich nicht nur die intra- und intermediäre Produktions- und Vertriebsstruktur, sondern auch organisatorisch-rechtliche Vorstellungen werden überprüft und gegebenenfalls durch neue Kommunikationsmöglichkeiten herausgefordert.

Die Überlappung intra- und intermediärer Strukturprobleme auf ökonomischer, publizistischer, rechtlich-organisatorischer und technischer Ebene gebietet Vorsicht bei der Untersuchung der Substitution oder Komplementarität der technischen Mitteilungskanäle. „Eine isolierte Betrachtung einzelner Medien kann zwar interessante intramediäre Strukturen, Funktionen und Entwicklungen aufzeigen, ein der Wirklichkeit nahekommendes Bild der Medienlandschaft läßt sich jedoch erst dann gewinnen, wenn man die Massenmedien als Teile eines Systems in Beziehung zueinander betrachtet. Auf diese Weise, nämlich in Kombination, werden Medien auch von der Mehrzahl der Menschen benutzt.“<sup>31)</sup> Dazu gehören personale und mediale Kommunikationsprozesse. Die Analyse des Strukturwandels des Kommunikationssystems kann sich

daher nicht auf nur einen Mediensektor, z. B. das drucktechnische Kommunikationssystem oder die Massenmedien Presse und Rundfunk, beschränken.

Wichtig für Stellenwert und Funktion z. B. neuer Medienangebote im Kommunikationssystem ist die Frage der *Kombination bestehender und neuer Kommunikationsformen (Medienverbund) in publizistischer, wirtschaftlicher, technischer und organisatorisch-rechtlicher Hinsicht*. Man wird Medienverflechtungen oder gar multimediale Konzentrationsprozesse nur unzureichend erfassen können, wenn man sich auf intra- und intermediäre Beziehungen beschränkt und transmediäre Aspekte (z. B. der Mediennutzung im Alltag) außer acht läßt. Wissenschaft und Politik sind herausgefordert, die Konsequenzen der Medienbeziehungen nicht nur zu erkennen, sondern auch – sofern ein ordnungspolitischer Handlungsbedarf besteht – zu gestalten.

Sicher wird es angesichts der Vielfalt der Medienbeziehungen zunehmend schwierig, sich medienpolitisch auf eindeutige Bereiche zu verständigen, die gesetzlich geregelt werden müssen, zumal sich die bisherige Ordnungspolitik ja auf klare, meist historisch bedingte Medienstrukturen (z. B. zwischen Presse und Rundfunk) stützen konnte. Sicher sind jedoch nicht alle neuen Medienangebote von vornherein als regelungsbedürftig qualifiziert. In diesem Sinn ist dem Kommunikationswissenschaftler Franz Ronneberger zuzustimmen, wenn er nach einer ausführlichen Analyse der Auswirkungen neuer Medienangebote zu bedenken gibt: „Gesetzliche und administrative Maßnahmen sind nur bedingt geeignet, unliebsame Folgen zu verhindern. Sie sollten sich daher auf allgemeine ordnungspolitische Entscheidungen beschränken und im übrigen zunächst der freien Entwicklung eine Chance geben. Erst im eindeutig definierten Mißbrauchs- und Fehlverhaltensfalle sind gezielte Eingriffe gerechtfertigt. Bis auf den Beweis des Gegenteils darf mit der Selbstregulierungsfähigkeit des Kommunikationssystems gerechnet werden.“<sup>32)</sup>

<sup>30)</sup> Ebd., S. 62f.

<sup>31)</sup> Expertenkommission Neue Medien – EKM Baden-Württemberg, Abschlußbericht Bd. 3: Kommunikationsatlas – Medien in Baden-Württemberg, Stuttgart 1981, S. 206.

<sup>32)</sup> Franz Ronneberger, Neue Medien. Vorteile und Risiken für die Struktur der demokratischen Gesellschaft und den Zusammenhalt der sozialen Gruppen, Konstanz 1982 (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, Bd. 1), S. 117.

## II. Entwicklungstendenzen im Mediensystem

Über die Systematisierung der Medienbeziehungen und -leistungen hinausgehend, stellt sich nun die Frage, ob technische Innovationen geeignet sind, das Mediensystem „qualitativ“ zu verändern, z. B. indem die Einseitigkeit (Einbahnstraße) des Massenkommunikationsprozesses aufgebrochen und die (aktiven) Gestaltungsfunktionen verlagert werden. Ein Indiz für einen tiefgehenden Wandel im Mediensystem ist die Widersprüchlichkeit, aber auch Ungenauigkeit der Begriffe, mit denen versucht wird, Veränderungen zu beschreiben. Hiermit ist nicht gemeint, daß Worte neue Bedeutungen bekommen, sondern „Vorgänge im Bereich der Sprachpragmatik“ (Otto B. Roegele), bei denen nicht Benennungen ausgetauscht wurden, sondern die gemeinte Wirklichkeit sich veränderte, so daß überkommene Begriffe mißverständlich und unbrauchbar wurden.

### 1. Unschärfe Konturen der Terminologie – ein Indiz für tiefgehenden Wandel

Für die Vielfalt an Möglichkeiten, die die Telekommunikation eröffnet, wird in wissenschaftlichen, medienpolitischen und anderen Abhandlungen der Begriff „Neue Medien“ gebraucht. Je nach den medienpolitischen Intentionen sagen die einen, Neue Medien gebe es nicht, nur neue Medientechniken, denn die Inhalte blieben die gleichen<sup>33</sup>). Andere wiederum erklären, die neuen Techniken führen zu neuen inhaltlichen Perspektiven und daher notwendigerweise auch zu neuen Organisationsstrukturen. Eine übereinstimmende klare Definition hat sich noch nicht gebildet.

Peter Lerche schlägt eine weite Definition vor und begreift als Neue Medien „all jene Erscheinungsformen . . ., die entweder durch grundsätzlich neue Technik geprägt sind – Beispiel Bildschirmtext – oder durch grundsätzlich neue Organisation – z. B. privater Rundfunk – oder durch einen grundsätzlich veränderten Anwendungsbereich, wie z. B. kommunaler Funk“<sup>34</sup>). Noch weiter geht Klaus Haefner, der unter Neuen Medien versteht „die Gesamtheit aller informationstechnischer

Systeme, die den Informationszugang mit technischen Mitteln verbessern und/oder die technische Abwicklung von informationsverarbeitenden Prozeduren ermöglichen“<sup>35</sup>). Der Begriff Medium wird von ihm dem Terminus Informationstechnik weitgehend gleichgesetzt. Derart breite Definitionen tragen wenig zur Klärung der Strukturveränderungen des Kommunikationssystems bei. Allerdings ist es notwendig, in wissenschaftlichen Betrachtungen über die Massenmedien hinauszugehen, um die Auswirkungen moderner Informationstechnologien auf die Kommunikation in der Gesellschaft zu analysieren. Neue Medien – so verstanden – können mehr als nur zusätzliche Angebote (= mehr vom Gleichen) sein; sie beinhalten Leistungen, die das Kommunikationssystem als Ganzes verändern können.

Neue Medien, die neu im Sinne von bisher Nicht-Vorhanden sind, beschreibt Wolfgang Bergsdorf: „Es bedeutet keineswegs eine Verkleinerung des ‚Neuen‘, wenn man darauf aufmerksam macht, daß ‚neu‘ lediglich eine enorme Verbreiterung und Vervielfachung technisch vermittelter Kommunikation ist, und zwar in zweifacher Hinsicht: Kabel und Satellit bieten quantitativ eine neue Fülle von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, die den Rezipienten zur Auswahl zwingen. Bildschirmtext, Rückkanal u. a. m. bieten qualitativ Neues, weil sie eine bisher unbekannte Dialogisierung und Individualisierung technisch vermittelter Kommunikation ermöglichen.“<sup>36</sup>) Damit ist ein Strukturwandel des Mediensystems angesprochen, der über Komplementaritäts- und Konkurrenzbeziehungen hinausgeht und daher den Begriff „neu“ zu Recht trägt. Er weist jedoch auch auf Entwicklungen hin, die die durch die Vergangenheit geprägten Strukturen modifizieren.

Unter Neuen Medien werden im folgenden all diejenigen Mittel der Telekommunikation gesehen, die mit Hilfe moderner Technologien erlauben, Kommunikationsinhalte auf eine bisher nicht gebräuchliche Art zu erfassen, zu bearbeiten, zu übermitteln, abzurufen und letztlich auch zu spei-

<sup>33</sup>) Gerhard Maletzke, in: Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung e. V. (Hrsg.), Mediennutzung/Mediennutzung, Berlin 1980 (= AfK-Studien 15), S. 97–102, hier: S. 97.

<sup>34</sup>) Peter Lerche, Rechtlich-organisatorische Gestaltungsformen neuer Medien, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Neue Medien, Melle 1984 (= Forschungsbericht 33), S. 159–170, hier: S. 159.

<sup>35</sup>) Klaus Haefner, Potenzen und Gefahren der Neuen Medien für Bildung und Ausbildung. Die neue Bildungskrise, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Neue Medien, Melle 1984 (= Forschungsbericht 33), S. 240–243, hier: S. 240.

<sup>36</sup>) Wolfgang Bergsdorf, Angriff auf die Sprachbarrieren. Neue Kommunikationschancen durch „Neue Medien“? in: Publizistik, 29 (1984) 3–4, S. 503–509, hier: S. 504.

chern. Einige dieser Kommunikationsmittel sind neu; andere wiederum haben sich nur neue Anwendungsgebiete erschlossen, sei es daß ihre technische Leistungsfähigkeit gesteigert wurde oder sie mit anderen Kommunikationsmitteln kombiniert werden.

„Neue Medien“ wird vielfach als ein „medienpolitischer Begriff“ benutzt, der Kompetenz- und Einflußbereiche abgrenzen soll. Sein unterschiedlicher Gebrauch signalisiert auch die differierenden Interessen. Andererseits mag die intensive Auseinandersetzung über Neue Medien ein Indiz nicht nur für widerstreitende Interessenlagen sein, sondern auch für einen Strukturwandel, der über Komplementaritätsbeziehungen hinausgehend das Kommunikationssystem verändert.

Die Leistungsangebote der modernen Informationstechnik lassen einen Umbau der Medienlandschaft erwarten, der nicht nur zusätzliche Rundfunkprogramme in privater Organisationsform bringt<sup>37)</sup>, sondern das Kommunikationssystem qualitativ verändert — mit gravierenden Konsequenzen für den Bürger und die Bedingungen der Mediennutzung und -auswahl.

Neben den bekannten Massenmedien wie Presse und Rundfunk sind neue Angebote wie Videotext, Bildschirmtext und Kabeltext entstanden, die für rechtliche Einordnungsprobleme sorgen, da sie die herkömmliche Zweiteilung in Individual- und Massenkommunikation sprengen. Sie deuten auf einen qualitativen Wandel des Kommunikationssystems hin, der dem Empfänger von Medienangeboten ein gestuftes Potential an Eingriffsmöglichkeiten auf den Kommunikationsprozeß eröffnet — vom passiven Konsum über gezielten Abruf bis hin zur eigenen Mitteilung. Die Schwierigkeit, diese neuen Telekommunikationsmedien in die traditionellen Bereiche der Massen- und Individualkommunikation einzuordnen, wird daher häufig in rechtswissenschaftlichen Abhandlungen angedeutet und in ihren komplexen Auswirkungen für die Rechtsprechung interpretiert.

„Rundfunk und Presse als Medien der Massenkommunikation, Telefon und Telegraf als Medien der Individualkommunikation stehen rascher als erwartet neuen Möglichkeiten und Formen der Telekommunikation gegenüber, etwa dem Teletext und dem Bezug von Fernsehsendungen auf Bestellung (Pay TV). Diese Neuerungen sind geeignet, die

bestehende Kommunikationsstruktur nicht nur quantitativ zu ergänzen, sondern qualitativ zu verändern.“<sup>38)</sup> Der Rechtswissenschaftler Martin Bullinger wertet das Aufkommen der elektronischen Textkommunikation als einen Indikator für strukturverändernde Medieninnovationen. Das Zusammenwirken zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Medienbereich und die Probleme rechtlicher Grenzziehungen werden auch von Dieter Stammler angesprochen: „Zwischen Formen der Massenkommunikation und der Individualkommunikation wird es stufenlose Übergänge geben. Auf öffentlichen Datenbanken gespeicherte Information wird zwar potentiell einem anonymen Massenpublikum angeboten, faktisch jedoch häufig nur von wenigen abgerufen. Kabelfernsehen ermöglicht Zielgruppen- und Minderheitenprogramme, Satelliten andererseits den Direktempfang von Rundfunksendungen durch ein Massenpublikum weit über nationale Grenzen hinaus.“<sup>39)</sup>

## 2. Quantitative Erweiterung und Ergänzung

Das massenmediale System ist in den letzten 30 Jahren gekennzeichnet durch eine schrittweise Eingliederung neuer Medien, zu denen zunächst das Fernsehen zählte. Es erschloß mit lokalen bis internationalen Reichweiten die audio-visuelle Wahrnehmungsdimension. Der Hörfunk und die Presse haben in dieser Zeit weiterhin Inhalte und Funktionen gefunden, die sich in Ergänzung oder Aufgabenteilung zu dem neuen Medium behaupten konnten. Zeitungen und Zeitschriften haben ihre Auflagen verdoppelt, der Hörfunk sein Programm- und Sendeangebot ausgedehnt, nicht zuletzt angesichts allgemein stark anwachsender Werbebudgets. Probleme mit dem intermediären Wettbewerb in diesem Zeitraum hatte das Kino<sup>40)</sup>, dessen Position sich jedoch in den letzten Jahren wieder stabilisiert hat. Neue Probleme zeichnen sich für dieses Medium durch die Verbreitung der Videorecorder und die demographische Struktur der Bevölkerung ab<sup>41)</sup>.

<sup>38)</sup> Martin Bullinger, Kommunikationsfreiheit im Strukturwandel der Telekommunikation, Baden-Baden 1980, S. 13.

<sup>39)</sup> Dieter Stammler, Zusammenwirken von privatem und öffentlich-rechtlichem Medienbereich, in: Rundfunk und Fernsehen, 27 (1979) 2–3, S. 171–183, hier: S. 171.

<sup>40)</sup> Vgl. Gunther Faupel, Medien im Wettstreit. Film und Fernsehen, Münster 1979.

<sup>41)</sup> Vgl. Claudia Mast, Medien und Alltag im Wandel. Eine Literaturstudie zu Akzeptanz und Nutzung alter und neuer Medien, Konstanz 1985 (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, Bd. 5), S. 200 ff.

<sup>37)</sup> Vgl. Martin Bullinger/Friedrich Kübler (Hrsg.) (Anm. 11).

Die Untersuchung von Walter Giott<sup>42)</sup> über die Anpassung der übrigen Massenmedien an das Fernsehen dokumentiert Entwicklungen, die in den einzelnen Mediensektoren in unterschiedlicher Zeitfolge und Intensität, aber nach gemeinsamen Grundmustern abliefern. Die traditionellen Medien integrierten den durch das neue Medium (in dem Falle das Fernsehen) bewirkten Bedürfniswandel der Bürger und versuchten, vom neuen Medium zu profitieren. Sie haben sich weniger in intermediäre Konkurrenz, sondern eher in entsprechende Komplementarität begeben und damit die publizistischen Beziehungen im Mediensystem intensiviert.

Das Aufkommen neuer Angebote bedeutet also zunächst eine quantitative Ergänzung und Erweiterung des Mediensystems. Zusätzliche Kommunikationsräume und -formen können medial erschlossen werden. So hat der Hörfunk das Lokale erschlossen; Pressemedien haben den sublokalen Raum (z. B. Stadtteile) erobert. Das Medium Fernsehen dringt in lokale und regionale Räume ein (Kabelprogramme) und stößt mit Hilfe der Satelliten- und Funktechnik bis in globale Kommunikationsräume vor.

Aufgrund dieser in allen Kommunikationsräumen technisch und ordnungspolitisch ermöglichten Situation werden gedruckte Medien den „elektronischen“ Mitteln (vor allem Rundfunk, Teletext) konkurrierend gegenüberstehen. Intermediäre Komplementärbeziehungen werden sich verschärfen bzw. neu ordnen (z. B. beim lokalen Hörfunk). Tageszeitungen werden beispielsweise Überlegungen anstellen müssen, welche Inhalte ihres Blattes künftig besser im Medium Bildschirmtext-Dienst aufgehoben sind<sup>43)</sup>. Die Entwicklung des Werbeinkommens sowie Kostenstrukturen werden

dem jeweiligen Medium drängende Fragen präsentieren<sup>44)</sup>.

### 3. Individualisierung der Massenkommunikation

Die Entwicklung der Telekommunikation ist auch geprägt durch ein Vordringen von Elementen der Individualkommunikation in die Massenkommunikation (qualitativer Wandel). Dem Rezipienten stehen gestufte Aktivitäts- und Mitgestaltungsfunktionen offen, die den Ablauf der Kommunikationsprozesse, aber auch die Inhalte betreffen. Er kann über die passive Konsumentenhaltung hinaus (z. B. beim allabendlichen Betrachten des Fernsehprogramms) auch auf verteilte Angebote gezielt zugreifen (z. B. bei Videotext) oder Verteiltes auch nur seinen zeitlichen Wünschen anpassen (z. B. durch Aufzeichnungen von Fernsehsendungen mit einem Videorecorder).

Eine solche „Individualisierung“ der Telekommunikation ist jedoch seit Vorlage des KtK-Berichtes kaum behandelt worden — und wenn, dann nur als technische Anwendungsmöglichkeit oder wegen rechtlicher Zuordnungsprobleme. Ein Ansatz findet sich bei Wolfgang Bergsdorf, der zu den quantitativen und qualitativen Aspekten der Neuen Medien feststellt: „Kabel und Satellit bieten quantitativ eine neue Fülle von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, die den Rezipienten zur Auswahl zwingen. Bildschirmtext, Rückkanal u. a. m. bieten qualitativ Neues, weil sie eine bisher unbekannte Dialogisierung und Individualisierung technisch vermittelter Kommunikation ermöglichen.“<sup>45)</sup>

Die Zwei-Wege-Kommunikation, prägende Struktur der Individualkommunikation, ist durch die Entwicklung der Telekommunikation in Ansätzen auch im Bereich der Massenkommunikation möglich. Der Dualismus Individual- versus Massenkommunikation ist in Auflösung begriffen. Elemente der Wechselseitigkeit dringen in die Medienangebote vor. Neue Inhalte treten ins Blickfeld, vor allem die Möglichkeit des Benutzers, im zeitlichen

<sup>42)</sup> Walter Giott, *Medien im Wettstreit. Tageszeitung und Fernsehen*, Münster 1979 (= Schriftenreihe für Publizistik und Kommunikationswissenschaft).

<sup>43)</sup> Vgl. Friedrich W. Burkhardt/P. V. Drotos u. a., *Zeitungen und elektronische Medien. Eine Ifra-Studie*, Darmstadt 1983, S. 25 ff.; Fachgruppe Fachzeitschriften im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V. (Hrsg.), *Fachpresse und Neue Medien. Stand der Entwicklung, Tendenzen, Informationen und Empfehlungen für Fachzeitschriftenverlage*, Bonn 1982, 1983 (= Schriftenreihe Fachpresse, Heft 9 und 11); Brigitte Kammerer-Jöbges, *Die Bildschirmtextaktivitäten der Presse*, in: *Media Perspektiven*, (1984) 4, S. 264–272; Claudia Mast, *Tageszeitung und Neue Medien* (Anm. 8); Peter Stützel, *Bildschirmtext und Fachpresse. Alternative? Ergänzung? Konkurrenz?*, Köln 1983.

<sup>44)</sup> Vgl. Hayo Koch/Johannes Kors, *Anzeigenmärkte in Bildschirmtext. Gefahren und neue Möglichkeiten für Zeitungen*, München 1984 (= Btx-Reihe. Schriftenreihe der Studiengruppe Bildschirmtext e. V., Bd. 9); Eva Wallmüller, *Bildschirmtext im Pressewesen. Neues Produktionsmittel oder Bedrohung einer Branche*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1983; Eberhard Witte unter Mitarbeit von Joachim Senn, *Zeitungen im Medienmarkt der Zukunft. Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung*, Stuttgart 1984.  
<sup>45)</sup> Vgl. Wolfgang Bergsdorf (Anm. 36), S. 503–509, hier: S. 504.

und räumlichen Zugriff Medienleistungen abzurufen (z. B. Pay-TV, Teletextsystem u. a.).

Einen zusätzlichen Akzent setzt die Breitbandkabeltechnik, die selbst Verteilnetze mit einem (schmalbandigen) Rückkanal versehen kann. „Dadurch verläßt der Zuschauer und Zuhörer seine passive Rolle und nimmt aktiv am Kommunikationsgeschehen teil. Es werden neuartige Kommunikationsformen möglich, die bei der bisher bestehenden reinen Verteiltechnik überhaupt nicht erwogen werden konnten. Der Teilnehmer kann von sich aus Kommunikationsinhalte abrufen. Er kann seinerseits Informationsinhalte zur Zentrale geben, und er kann schließlich mit der Zentrale in Dialog treten.“<sup>46)</sup> Diese technischen Entwicklungen heben die bisherige klare Trennung zwischen Individual- (= zweiseitig) und Massenkommunikation (= einseitig) auf und schaffen Zwischenformen.

Das Medium Bildschirmtext ist ein Beispiel für den individuellen Abruf von Medieninhalten durch eine unbestimmte Anzahl von Teilnehmern. Der Zugriff erfolgt aber nicht durch das eher passive Annehmen des Verteilten, sondern das aktive Auswählen und Eingeben des Wunsches zu einer vom Benutzer, nicht vom Produzenten bestimmten Zeit. Teletextsysteme bieten daher die Möglichkeit des „jederzeit selektiven Zugriffs auf Einzelinformationen, ohne Bindung an das Programmschema und den Zeitablauf eines Informations-Gesamtprogramms“ und die „Möglichkeit des Eingebens und Einholens von Informationen nach individuellen Ordnungs Gesichtspunkten“<sup>47)</sup>. Außerdem sind Abrufmedien wie Bildschirmtext und Kabeltext geeignet, die Verbreitung von Botschaften an die Allgemeinheit bzw. Öffentlichkeit und individuelle Mitteilungsprozesse zwischen bestimmten Personen oder Gruppen zu verbinden. Solche Dienste integrieren Elemente der Individual- und der Massenkommunikation.

Teletextsysteme — sei es Bildschirmtext (über Schmalbandkabel), Videotext (in der Austastlücke des drahtlos oder durch Kabel übertragenen Fern-

sehbildes) oder Kabeltext (über Breitbandkabel) — bilden typische Zwischenformen zwischen dialogischen Medien der Individualkommunikation und den (einseitigen) Massenmedien. Während die „alten“ Massenmedien Rundfunk und auch die Presse Informationen vermitteln, indem sie sie ordnen, aufbereiten und in Form eines strukturierten Gesamtangebotes an das Publikum verteilen, geben Teletextsysteme jedem einzelnen die Möglichkeit des selektiven Zugreifens und Abrufens partieller Medieninhalte.

Für Unterhaltungs- und Bildungsangebote ermöglichen Medien wie Videorecorder oder Dienste wie Pay-TV diese Individualisierung der Kommunikationsnachfrage, wie sie Teletextsysteme für die Funktion Informationsvermittlung mit sich bringen. Sie erlauben einen zeitunabhängigen und individuellen Zugriff auf Programmangebote. Videorecorder können daher *individuelle* Verhaltensmuster der Zuwendung zu Fernsehprogrammen aktivieren.

Individualisierungstendenzen haben also selbst vor dem Massenmedium Rundfunk nicht halt gemacht. Mit Kassetten- und Videorecordern kann der Rezipient sich aus der zeitlichen Gebundenheit durch die mediale Verteilung von Programmabfolgen und dem angebotenen „Menü“ lösen, um einzelne Sendungen entsprechend seinen Wünschen zu rezipieren. Ob dies nur zu einer einfachen Vermehrung des Medienkonsums führen wird oder der einzelne — auch aus einem größeren Angebot — „sein Programm“ individuell kombiniert, ist nach dem derzeitigen Stand der Mediennutzungsforschung schwer zu beantworten<sup>48)</sup>.

Wird der einzelne die Vermehrung und Diversifikation der Rundfunkprogramme in der Bundesrepublik Deutschland, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene entstehen, nutzen, um sein individuelles Programmpaket aus Einzelangeboten zusammenzusetzen, d. h. wird er aus seiner Sicht die Massenkommunikation individualisieren? Hierbei wäre es zunächst unerheblich, ob es sich um öffentlich-rechtliche oder private Organisationsformen handelt.

Lokalradios, privates Fernsehen und zusätzliche Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind im Medienumfeld des einzelnen aufgetaucht oder kündigen ihr Eintreffen an. Erfahrung-

<sup>46)</sup> Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), Telekommunikationsbericht, Anlagenband 7, Bonn 1976, S. 30f.

<sup>47)</sup> Martin Bullinger, Rechtsfragen der elektronischen Textkommunikation (Generalbericht und Landesbericht Bundesrepublik Deutschland), in: Martin Bullinger (Hrsg.), Rechtsfragen der elektronischen Textkommunikation. Videotext, Bildschirmtext, Kabeltext-Medien- und Urheberrecht in rechtsvergleichender Sicht, München 1984, S. 1–31, hier: S. 29 ff.

<sup>48)</sup> Claudia Mast, Mediennutzung im Strukturwandel des Kommunikationssystems, in: Walter A. Mahle (Hrsg.), Fortschritte in der Medienwirkungsforschung?, München 1985, S. 83–86.

gen über die künftige Nutzung der Medien liegen aus den Begleituntersuchungen zu den Kabelpilotprojekten nur spärlich und zum Teil mit hohen methodischen Unsicherheiten belastet vor<sup>49)</sup>. Ergebnisse aus dem Ausland können aufgrund der Unterschiede der Medien- und Sozialsysteme eher

als Denkanstöße denn als Belege dienen. Daher werden abschließend einige Thesen und Fragen formuliert, die sich aus diesen Entwicklungslinien des Mediensystems für die Darstellung von Politik und die Möglichkeiten und Bedingungen der Mediennutzung durch den Bürger ergeben können.

### III. Einige Konsequenzen für die politische Kommunikation über Medien

Der Einsatz technischer Innovationen hat dazu geführt, daß einzelne Medien in bislang von ihnen noch nicht erschlossene Kommunikationsräume vordringen, z. B. das Radio in den lokalen Bereich. Dem Bürger können lokale oder regionale Informationen über seine ihn unmittelbar umgebende Umwelt von verschiedenen Presseorganen, Radiostationen und Fernsehsendern angeboten werden sowie gegebenenfalls über Bildschirm- und Videotext.

Die Mediendurchdringung lokaler und regionaler Kommunikationsräume nimmt zu. Was kann es für den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß bedeuten, wenn die mediale Darstellung von Politik(ern) in diesem Raum nicht mehr überwiegend über Presseorgane geschieht, sondern auch über audio-visuelle Medien? Wie reagiert der Bürger auf die verstärkte (mediale) Transparenz lokaler und regionaler politischer Prozesse und deren Repräsentanten in einem Wirklichkeitsbereich, in den er durch Wohnsitz, Arbeitsplatz und Freizeitraum integriert und mit seiner Umwelt durch gemeinsame Erfahrungen und intensive Interaktionen verbunden ist?

Andererseits führt die Entwicklung auch zu einer einfachen Vermehrung des Angebotes, z. B. mehr Fernsehprogramme über Satellit und Kabel. Dies bringt im wesentlichen Mehr vom Gleichen und für den Bürger eine Verschärfung der Orientierungs- und Selektionsprobleme mit sich. Unter welchen Bedingungen wird er sie mehr oder weniger gut bewältigen?

Für den Politiker bedeutet diese Entwicklung eine Erhöhung der Darstellungschancen und -notwendigkeiten in zusätzlichen Medien, sicherlich aber auch eine Umstrukturierung und Umverteilung der „Medien-Auftritte“ innerhalb politischer Parteien.

Bislang war das Medien-Bild der „politischen Öffentlichkeit“ im Sinne einer rigiden Hierarchisierung geprägt<sup>50)</sup> und Politik in den Massenmedien im wesentlichen als das Handeln weniger Personen (vor allem Vertretern der Exekutive und einigen Repräsentanten der Parteien) dargestellt. Die zunehmende Mediendurchdringung kleinerer Räume kann zu einer kommunikativen Aufwertung lokaler, regionaler und landespolitischer Mandatsträger führen und die kommunikative Präsenz „unterer“ Parteienvertreter vergrößern. Sind die politischen Parteien auf diese Vermehrung, aber auch Umstrukturierung der medialen Kommunikationschancen vorbereitet?

Die Zunahme zielorientierter Medienangebote (z. B. Zielgruppenprogramme, Spezialangebote in Bildschirmtext, Regionalisierung von Videotext) führt jedoch auch dazu, daß der Bürger im Mittelpunkt sich überlappend und überschneidender Medienleistungen steht, die ihm eine breite Palette von allgemeinen bis hin zu spezifischen Angeboten machen.

Er wird zunehmend Adressat von Medien, die ihn entsprechend seiner Position im sozialen Gefüge, seiner beruflichen Rolle, seiner lokalen Verbundenheit u. a. gezielt ansprechen und umwerben. Wird er künftig weiterhin Massenmedien — im Sinne des Wortes — nutzen, die ihn zumindest ansatzweise in die gesellschaftliche Kommunikation integrieren? Wird die pessimistisch klingende Schlußfolgerung von Klaus Berg und Marie-Luise Kiefer in ihrer Langzeitstudie zur Nutzung und Bewertung von Massenkommunikation Realität? „Die Massenmedien als Kommunikationskanäle von hoher Generalität und Unspezifität beginnen an Bedeutung zu verlieren, Spezialmedien für Rezi-

<sup>49)</sup> Vgl. Claudia Mast, Medien und Alltag im Wandel (Anm. 41).

<sup>50)</sup> Vgl. Claudia Mast, Politische Öffentlichkeit. Untersuchung einer Parteiensendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, Osnabrück 1978 (= Dialog, Bd. 8).

piengruppen mit homogenen Informationsbedürfnissen an Bedeutung zu gewinnen. Das Massenpublikum zerfällt in Zielgruppensegmente, die sich je nach Thema überlappen, zusammenschließen oder erneut aufspalten.“<sup>51)</sup> Das Medienverhalten junger Menschen jedenfalls scheint eine Abwendung von klassischen Massenmedien (z. B. Tageszeitung) hin zu spezialisierten Angeboten der Presse oder auch des Hörfunks zu signalisieren.

Mögliche Probleme für die ständige Legitimierung der Politiker<sup>52)</sup> durch Auftritte in der Öffentlichkeit liegen in der Zersplitterung und Segmentierung der durch Medien erreichbaren Wählerpotentiale, verbunden mit einer abnehmenden zeitlichen und

---

<sup>51)</sup> Klaus Berg/Marie-Luise Kiefer (Hrsg.), Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980, Frankfurt 1982, S. 132.

<sup>52)</sup> Wolfgang R. Langenbacher, Wahlkampf – ein ungeliebtes, notwendiges Übel, in: Winfried Schulz/Klaus Schönbach (Hrsg.), Massenmedien und Wahlen, München 1983, S. 114–128.

räumlichen Kalkulierbarkeit des Medienkontaktes. Für das politische System zeichnet sich ein höherer Planungsaufwand ab, Politik in den (medialen) Öffentlichkeiten darzustellen. Für den Bürger ändern sich die Bedingungen der Partizipation an diesen über Medien vermittelten Öffentlichkeiten. Wie kann der Bürger sich im politischen Prozeß orientieren, wenn Massenmedien mehr und mehr den Zielgruppen- und Spezialmedien weichen? Der Stellenwert von „Forumsmedien“ zur Herstellung politischer Öffentlichkeiten und deren „Zukunft“ im Wandel des Mediensystems wird zu überdenken sein.

Medieninnovationen weisen auf ein Kommunikationssystem hin, das sich den aus der Vergangenheit geprägten Vorstellungen und Konzepten durch seine Vielgestaltigkeit weitgehend entzieht und eine Grundsatzdiskussion erfordert. Hierbei sind Kommunikationswissenschaft und Medienpolitik gleichermaßen herausgefordert.

# Wirklichkeitskonstruktion und Wertwandel

## Zum Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur

In einer Demokratie, für welche nach verfassungsrichterlicher Interpretation die Kommunikationsfreiheit „schlechthin konstituierend“ ist, müssen die Massenmedien schon normativ höchste Bedeutung besitzen. Sie besitzen diese Bedeutung aber auch praktisch für die Gewährleistung politischer Öffentlichkeit, ohne die Demokratie nicht funktionieren könnte. Die Medien sind Voraussetzung für Öffentlichkeit und Partizipation. Ihre Leistung wird

immer wichtiger angesichts der Abhängigkeit politischen Wissens von Sekundärinformationen, die innerhalb der Lebenswelt des einzelnen Bürgers kaum zu gewinnen sind. Dessen politische Umwelt, seine Einstellungen und Legitimitätsvorstellungen sind im wesentlichen durch die Massenmedien vermittelt. Um so erstaunlicher ist die bescheidene Aufmerksamkeit, welche sich bislang ihrem Einfluß auf die politische Kultur zugewandt hat.

### I. Politische Kultur als Prozeß

Einer Leporelloliste gleicht die jüngst vorgelegte Dokumentation der Forschungsversäumnisse zur Medienwirkung auf Gesellschaft und Politik<sup>1)</sup>. Hätten die Autoren auch noch explizit die Frage nach der politischen Kultur gestellt — ihr Befund wäre noch dramatischer ausgefallen. Aber der Übergang vom politischen System zur politischen Kultur ist ohnehin fließend.

Der Begriff „politische Kultur“ hat inzwischen nicht nur Eingang in die Alltagssprache gefunden, sondern auch viele Definitionen erfahren<sup>2)</sup>, allerdings wohl keine abschließende Klärung. Dafür ist er, zumindest wenn er sinnvoll angewandt und nicht nur als Synonym z. B. für „politischen Stil“, verwandt wird, viel zu komplex. Seine Bedeutung erschließt sich in drei Dimensionen:

- im schwer aufzulösenden Geflecht politisch relevanter Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen, die in einer Gesellschaft anzutreffen sind;
- in den Wechselbeziehungen zwischen diesem Geflecht und dem politischen System samt seinen Institutionen;

— in der historischen Herkunft, dem gegenwärtigen Zustand und dem zukunftsbezogenen Wandel der beiden erstgenannten Dimensionen.

Politische Kultur ist also nicht nur die vielleicht gegenwärtig bestimmbare Identität einer Gesellschaft, sondern sie ist ein Prozeß: der Prozeß der Herausbildung, Tradierung und Weiterentwicklung dieser Identität im geschichtlichen Wandel.

Wie verknüpft sich dieser Prozeß mit den Medien? Wenn es — wie offensichtlich zweifelsfrei — zutrifft, daß Kommunikation der Kitt ist, der soziale und politische Systeme zusammenhält, dann ist die Bedeutung der Medien im Prozeß politischer Kultur evident. Aus der Perspektive des politischen Systems geht es dabei um die Legitimität und ihre ständige kommunikative Erneuerung; aus der Perspektive des Individuums geht es besonders um den medienvermittelten Prozeß politischer Sozialisation, die hier vielleicht sinnvoll bestimmt werden könnte als die Verknüpfung des individuellen Entwicklungsprozesses mit jenem Prozeß, als den wir politische Kultur definiert haben. Wirkungsforschung müßte nach der Stellung der Medien in der politischen Kultur fragen, nach ihrer Einwirkung auf die drei genannten Dimensionen. Es geht also nicht so sehr um kurzfristige, oberflächliche politische Einstellungsveränderungen, die z. B. im Vor-

<sup>1)</sup> Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Enquete der Senatskommission für Medienforschung/DFG. Teil I und II, Weinheim 1986.

<sup>2)</sup> Vgl. die Übersicht bei Peter Reichel, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981, S. 23 ff.



feld von Wahlen Erregungen zu provozieren pflegen. Es geht vielmehr um umfassende Langzeitwirkungen — eben um den Beitrag der Medien zum Prozeß politischer Kultur.

Wer schafft und verändert sie heute eigentlich — die demokratisch legitimierten politischen Institutionen, die ihrer Kontrolle unterstehenden Institutionen des Bildungssystems, oder die in eigenen Interessen und Kriterien ruhenden, sich oft als Gegeninstanzen fühlenden Medien?

Die Grundannahme, von der hier ausgegangen wird, ist, daß Kommunikationssystem und politisches System nicht auseinandergerückt werden können. Kommunikation, Individuum und Gesellschaft bedingen sich gegenseitig. Gesellschaft ist nicht statisch zusammengefügt. Ihre Integration vollzieht sich in einem fortwährenden Prozeß, den gewiß einige fundamentale — z. B. verfassungsrechtliche — Normen steuern. Aber diese Normen selbst und die ihnen zugrundeliegenden Wertvorstellungen bedürfen der ständigen Vermittlung. Nur dadurch kann der einzelne sie sich aneignen; nur dadurch können die Grundlagen und Prinzipien der politischen und sozialen Ordnung ständig und immer wieder allgemeine Anerkennung finden. Legitimität ist — zumindest unter den Prämissen der liberalen Demokratie — nur durch Kommunikation zu gewinnen<sup>3)</sup>.

Dadurch, daß sie Pluralität garantiert und auf diese Weise praktisch allen Positionen und Gruppen die Freiheit politischer Entfaltung einräumt, macht die liberale rechtsstaatliche Demokratie die freie Bildung von Konsens und die offensive Sicherung der Legitimität zu ihrem eigentlichen Thema. Anders als durch funktionsfähige Kommunikation zwischen Politik und Bürgern kann dieses Problem nicht bewältigt werden. Funktionsfähig kann dieser Prozeß nur sein, wenn die Medien die für eine Gesellschaft notwendigen Informationen zur Verfügung stellen und wenn sie ein öffentliches Forum zur Artikulation der konkurrierenden Interessen bilden. In diesem Sinne spricht das Bundesverfassungsgericht von der „dienenden“ Freiheit der Medien.

<sup>3)</sup> Heinrich Oberreuter, Legitimität und Kommunikation, in: W. Hömberg/W. Langenbucher/E. Schreiber (Hrsg.), Kommunikation im Wandel der Gesellschaft. Festschrift für Otto B. Roegel, Düsseldorf 1980, S. 61 ff.

Damit ist der funktionale Ansatz, den manche für das Leitmotiv aller Kommunikationsforschung von Anfang an halten<sup>4)</sup>, thematisiert. Es handelt sich aber nicht um einen Funktionalismus ohne inhaltliche Wertungsmaßstäbe und mit einer „dezisionistischen Lücke“, wie von der materialistischen Theorie her eingewandt wird<sup>5)</sup>, sondern es geht um die Rückbindung an den Ideen- und Werthorizont der liberalen Demokratie, die im wesentlichen eine vermittelnde Rolle der Medien zur Voraussetzung hat.

Politische Macht und politische Entscheidung kann auch in der Demokratie nur durch ein mehr oder weniger weitreichendes Zusammenwirken von Legitimitätsvorstellungen und Kommunikationskanälen im politischen System entstehen. Damit ist eine fundamentale Interdependenz angesprochen, die Autonomieoptionen verbietet und eine Selbständigkeit des Mediensystems und seine Entgegensetzung gegen das „politisch-administrative System“ dysfunktional erscheinen läßt<sup>6)</sup>. Medien sind — zumindest normativ — weder eine selbständige vierte Gewalt noch eine autonome und originäre Quelle demokratischer Legitimität.

Die Fragestellungen der Forschung müßten sich eigentlich nach der Funktionsweise dieser Interdependenz richten. Faktisch haben sich jedoch im wesentlichen zwei Strategien herausgebildet: Zum einen wird, empirisch kaum abgesichert, die systemstabilisierende Wirkung der Medien als Vorwurf formuliert; zum anderen wird implizit nach Tendenzen gefragt, die der Stabilisierung des liberal-demokratischen Systems entgegenwirken.

Dafür, daß sich diesem Themenfeld neue Aufmerksamkeit zuwendet, sind, nach W. Schulz<sup>7)</sup>, drei Gründe verantwortlich: die Konkretisierung des

<sup>4)</sup> F. Gerald Kline, Theory in Mass-communication Research, in: F. G. Kline/P. J. Tischenor (Eds.), Current Perspectives in Mass Communication Research. Sage Annual Reviews of Communication Research, Vol. I, Beverly Hills-London 1972, S. 26.

<sup>5)</sup> Vgl. Jörg Aufermann, Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht, in: PVS, Sonderheft 6 (1975), S. 431–452.

<sup>6)</sup> Anders aber Heribert Schatz, Zum Stand der politikwissenschaftlich orientierten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS, Sonderheft 9 (1978), S. 434–435.

<sup>7)</sup> Winfried Schulz, Ausblick am Ende des Holzweges. Eine Übersicht über die Ansätze der neuen Wirkungsforschung, in: Publizistik, 27 (1982), S. 57.

Systembegriffs und seine Ausdeutung im Hinblick auf die Rolle von Kommunikation in der Gesellschaft; die neueren wissenschaftlichen Ansätze – allen voran Berger/Luckmann<sup>8)</sup> –, die auf

kommunikative Prozesse als Voraussetzung von Gesellschaft aufmerksam gemacht haben; schließlich die Tendenz, Medienwirkung im Kontext sozialen Wandels zu analysieren.

## II. Wirklichkeitskonstruktion

Den Gesamtzusammenhang jener Prozesse, in denen auf der Basis von lebensweltlich oder über die Medien<sup>9)</sup> vermittelten Wissensbeständen die soziale und politische Wirklichkeit hervorgebracht wird, um deren (politische) Kultur es hier geht, umfaßt treffend der Titel einer vor Jahren in der westdeutschen Soziologie wegweisend wirkenden Veröffentlichung: „Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit“<sup>10)</sup>. Denn diese Trias hebt die Schrittfolgen im Prozeß der Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit treffend hervor: Bestände an Alltagswissen, wie selektiv und verzerrt auch immer, liegen allem sozialen, auch allem politikbezogenen Handeln zugrunde. Letzteres leistet – in Form von Wahlbeteiligung, Äußerungen bei demoskopischen Umfragen, Teilnahme an Demonstrationen, Partizipation (oder Verweigerung von Partizipation) in Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen usw. – wichtige Beiträge dazu, politische Wirklichkeit hervorzubringen, aufrechtzuerhalten, zu verändern oder zu zerstören. Berger/Luckmann haben denn auch ihr bahnbrechendes Buch als „Theorie der Wissenssoziologie“ charakterisiert, da sie zeigen, wie anhand lebensweltlich fundierten, nach seiner Herkunft, Struktur und Benutzung zu untersuchenden Wissens jene Prozesse der Typisierung, Rollenbildung und Institutionalisierung ablaufen, an deren Ende die als ‚außen‘ bestehende erfahrbare Wirklichkeit konstruiert ist<sup>11)</sup>.

Unvollendete Arbeiten von Alfred Schütz nach dessen Plänen ausführend, hat Thomas Luckmann eine umfangreiche phänomenologische Analyse jener für die Wirklichkeitskonstruktion grundlegenden Wissensbestände vorgelegt<sup>12)</sup>. Überhaupt gibt es seit fast zwanzig Jahren eine Reihe von Versuchen, im Anschluß an Überlegungen, die bei Schütz schon angebahnt sind, zu einer zugleich theoretisch komplexen wie vor allem auch empirisch einlösbarer Theorie der Konstruktion sozialer Wirklichkeit vorzudringen<sup>13)</sup> und diese mit Theorien sozialer und politischer Kommunikationsprozesse zu verbinden – ein Anliegen, dem weder Schütz noch Berger/Luckmann allzu große Aufmerksamkeit widmeten<sup>14)</sup>. Von Berger/Luckmanns ‚modernem Klassiker‘ völlig in den Hintergrund gedrängt wurde Burkart Holzners Arbeit „Reality construction in society“<sup>15)</sup>. Bekannt ist hingegen das populär geschriebene Buch „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“ des Psychotherapeuten Paul Watzlawick, der anhand eingängiger Beispiele ausführlich die wirklichkeitskonstruktive Rolle von Kommunikations- und Desinformationsprozessen behandelt<sup>16)</sup>. Bislang eher hermetisch, nun aber systematisch erschlossen und – gerade auch kommunikationsanalytisch – weiterentwickelt, befaßt sich ferner die Ethnomethodologie mit der „methodischen

<sup>8)</sup> Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt 1970.

<sup>9)</sup> Vgl. Michael Schenk, Langfristige Medienwirkungen: Soziokulturelle Effekte, in: Walter A. Mahle (Hrsg.), Langfristige Medienwirkungen, Berlin 1986, S. 55 ff.

<sup>10)</sup> Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.), Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, 2 Bde., Reinbek 1973 (Opladen 1981).

<sup>11)</sup> P. L. Berger/Th. Luckmann (Anm. 8). Dabei bauten sie auf dem Versuch von Alfred Schütz auf, der seinerseits Max Webers Anliegen fortführen wollte, die Analyse sozialen Handelns auf eine Analyse des handlungsleitenden Sinns (und folglich der ihn ermöglichenden Wissensbestände) zu gründen. (Siehe: Alfred Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Frankfurt 1981<sup>2</sup> [1932]).

<sup>12)</sup> Alfred Schütz/Thomas Luckmann, Strukturen der Lebenswelt, 2 Bde., Frankfurt 1979, 1984, v. a. Bd. 1, S. 133–290; „Das Wissen von der Lebenswelt“ und S. 293–392: „Wissen und Gesellschaft“.

<sup>13)</sup> Vgl. den Überblick von A. Frank, Reality construction in interaction, in: A. Inkeles/R. H. Turner (Hrsg.), Annual Review of Sociology, Bd. 5, Palo Alto 1979, S. 167–191.

<sup>14)</sup> Im Register von P. L. Berger/Th. Luckmann (Anm. 8) fehlen bezeichnenderweise Einträge wie ‚Kommunikation‘ und ‚Medien‘.

<sup>15)</sup> Burkart Holzner, Reality construction in society, Cambridge, Mass., 1968, 2., erw. Aufl. 1972.

<sup>16)</sup> Paul Watzlawick, Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Wahn, Täuschung, Verstehen, München 1976 (1983<sup>10)</sup>. Ferner ders. (Hrsg.), Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? Beiträge zum Konstruktivismus, München 1981.

Konstruktion der Realität“<sup>17</sup>). In detaillierten empirischen Studien erforscht sie die von den Mitgliedern einer „Ethnie in ihrem Alltagshandeln wirklichkeitskonstruktiv benutzten Methoden der Sinndeutung, Sinnaufweisung und des konkreten Handelns“. Zusammenfassend kann sie charakterisiert werden als „eine (der Sozio-logie oder Geologie analoge) ‚-logie‘ der Methoden, die von Mitgliedern von Ethnien bei der Hervorbringung, Aufrechterhaltung, Benutzung und Veränderung ihrer sozialen Wirklichkeiten verwendet werden. Unter einer ‚Ethnie‘ wird im Rahmen solcher Forschungen verstanden eine „beliebig große Gruppe von Personen, die eine spezifische, gemeinsame soziale Wirklichkeit hervorbringen, aufrechterhalten und ihren Sinndeutungen und Handlungen zugrunde legen“. Werner J. Patzelt, auf den diese Definitionen zurückgehen, hat den ethnomethodologischen Ansatz unlängst in die Politikwissenschaft zu übertragen und für die Analyse politischer Kommunikation und Kultur fruchtbar zu machen versucht<sup>18</sup>).

Soziale und politische Wirklichkeit wird – innerhalb der Ethnomethodologie wie bei Berger/Luckmann – als Hervorbringung sinnhaft aufeinander bezogener Handlungen, als Ergebnis stabiler ‚Konzertierung‘ von Sinndeutungen und Handlungen aufgefaßt. Der Prozeß ihrer Konstruktion wird als Kreislaufprozeß dargestellt, bei dem die Beteiligten in immer schon von anderen hervorgebrachte und aufrechterhaltene Wissensbestände und Selbstverständlichkeiten des Deutens und Handelns eintreten, die sie dann selbst übernehmen und zur Grundlage ihres eigenen wirklichkeitskonstruktiven Handelns machen. Genau das ‚Wie‘ solchen wirklichkeitskonstruktiven Sinndeutens und Handelns

angebar Personen ist der ethnomethodologische Forschungsgegenstand: Dessen formalpragmatische Grundstruktur wird im Rahmen einer allgemeinen Theorie der Interpretationsverfahren, Verfahren der praktischen Sinnaufweisung sowie der Handlungspraktiken herausgearbeitet; ferner wird die alltagspraktische Konkretisierung jener Grundstruktur – sozusagen ihre ‚inhaltliche Aufladung‘ mit kulturspezifischen Wissensbeständen und Selbstverständlichkeiten des Denkens und Handelns – in detaillierten empirischen Studien offengelegt.

Die sozialisations- und kommunikationsanalytisch wichtige Frage lautet dabei: Wo kommen jene Wissensbestände und Selbstverständlichkeiten jeweils her? – Einerseits entstammen sie dem lebensweltlich Erfahrbaren. In diesem Fall können Alltagswirklichkeit und Alltagswissen zusammenpassen wie Kolben und Zylinder. Andererseits ist eine derartige ‚Passung‘ aber bezüglich des Wissens über gesellschaftliche, zumal politische Sachverhalte selten möglich: Für die meisten Menschen spielt sich Politik außerhalb der eigenen Lebenswelt ab. Sie ist für sie nicht aus eigenem Erleben, sondern nur vielfältig vermittelt und gebrochen zu erfahren – und wird überdies meist nach Auswahlkriterien wahrgenommen, die mit der ‚Natur der Sache‘, um deren Wahrnehmung und Deutung es geht, wenig zu tun haben. In genau diesem Sinn hat Walter Lippmann in seinem bekannten Buch über öffentliche Meinung schon frühzeitig zwischen der ‚world outside‘ und den ‚pictures in our head‘ unterschieden. Das Wissen um die Lebenswelt ist vom Wissen über die die eigene Lebenswelt übergreifende Wirklichkeit also tiefgehend verschieden – wird aber, zumal in politischen Systemen mit demokratischen Partizipationsmöglichkeiten, dem eigenen Handeln meist in derselben Selbstverständlichkeit zugrunde gelegt. Auch falsches Wissen ist natürlich wirklichkeitskonstruktiv: Falsches Bewußtsein zieht ideologische (und dann nur mit Gewalt zu festigende oder eben brüchige) Wirklichkeitskonstruktionen nach sich – und kann ungleich dem jederzeit auf seine Bewährung hin kontrollierbaren Wissen um die Lebenswelt durchaus nicht mit alltagspraktischen Kompetenzen allein als falsch erkannt werden.

Alltagskultur und politische Kultur, obschon lebensweltlich amalgamiert, unterscheiden sich also grundlegend: Alltagspraktische Selbstverständlichkeiten, ob solche rationaler Argumentation oder gutwilliger Gesprächsführung, brechen immer wieder rasch zusammen, sobald der Bereich der Politik berührt wird. In eben diesen problematischen all-

<sup>17</sup>) So der Untertitel von Elmar Weingarten/Fritz Sack, Ethnomethodologie. Die methodische Konstruktion der Realität, in: dies./Jim Schenkein (Hrsg.), Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns, Frankfurt 1979<sup>2</sup>, S. 7–26.

<sup>18</sup>) Werner J. Patzelt, Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags, München 1987, hier v. a. S. 254–259; „Politikanalyse als Kommunikationsanalyse“ und S. 269–281; „Analyse von Medien- und Dokumentenwirklichkeit“, „Analyse von Besonderheiten politischer Kommunikationspraktiken“, „Analyse politischer Alltagskultur“; die Definitionen finden sich ebenda, S. 14. Als Überblick zur ethnomethodologischen Literatur: ders., Ein alltagsanalytisches Paradigma? Bericht über das ethnomethodologische Schrifttum und den Forschungsstand (I, II), in: Neue Politische Literatur, 29 (1984), S. 3–49 und 187–204; als Überblick zur ethnomethodologischen Theorie der Wirklichkeitskonstruktion: ders., Grundriß einer allgemeinen ethnomethodologischen Theorie, in: Archives Européennes de Sociologie, 27 (1986), S. 161–194.

täglichen Kommunikationsprozessen aber wird der Bau politischer Wirklichkeit errichtet, und ihre Analyse erweist sich darum als Mikroanalyse politischer Kultur.

Im einzelnen lassen sich vier im Kommunikationsprozeß operative ‚Wirklichkeiten‘ angeben, in denen wirklichkeitskonstruktive Wissensbestände über Sachverhalte außerhalb der eigenen Lebenswelt produziert, verarbeitet und übermittelt werden, die zu in die Irre führenden Selbstverständlichkeiten des Denkens und Handelns werden können. Hier verknüpft sich der grundlagenanalytische Ansatz der Ethnomethodologie mit klassischen Themen der politischen Kommunikationsforschung, bettet sie aber in übergreifende Theorie- und Untersuchungszusammenhänge ein: Vorgänge außerhalb der eigenen Lebenswelt werden für das ‚allgemeine‘ Publikum nur in Form von ‚Medienwirklichkeit‘ faßbar und auch für Fachleute oft nur in Form von ‚Dokumentenwirklichkeit‘ zugänglich. Dann freilich prägt die Struktur dieser ‚Lesarten‘ von Wirklichkeit gemeinsam mit den besonderen Umständen ihrer alltagspraktischen Wahrnehmung und Verarbeitung einerseits die individuelle ‚Perzeptionswirklichkeit‘, die man in alltäglicher Selbstverständlichkeit meist mit der ‚außen‘ bestehenden Handlungswirklichkeit gleichsetzt. Zugleich konstruiert man aber auch eine ‚Redewirklichkeit‘ aus sozial jeweils akzeptablen und verfügbaren Begriffen und Denkschablonen, in der allein man das politische Geschehen im alltäglichen Gespräch in seiner dann geglaubten Form ‚sich ereignen lassen‘ kann.

Alle vier im Kommunikationsprozeß operativen ‚Wirklichkeiten‘ können sich nun verselbständigen, können widersprüchliche Wirklichkeitsbeschreibungen und -deutungen enthalten und einander um ihre Glaubwürdigkeit bringen — Prozesse systematischer und dennoch unbeabsichtigter Desinformation, deren empirischer Detailanalyse sich ethnomethodologische Studien annehmen<sup>19)</sup>.

In genau jenen Prozessen werden aber die Grundlagen der Wirklichkeitskonstruktion gelegt und geschieht sie auch: Kommunikativ erhalten soziale und politische Strukturen ihren Sinn, den man, wiederum kommunizierend, aus ihnen abliest — wobei die Differenz zwischen lebensweltlich bewährten Wissensbeständen und denen, die lediglich als Medienwirklichkeit übernommen sind, für beliebig

groteske Fehlperzeptionen sorgt. Hier verknüpft sich die Untersuchung politischer Kommunikation natürlich mit jener der politischen Sozialisation: Letztere vollzieht sich mittels jener Redewirklichkeiten, die ihrerseits von den Medienwirklichkeiten geprägt werden, wobei die als ‚richtig‘ aufzuweisenden Wissensbestände, Deutungs- und Handlungselbstverständlichkeiten als einziges Korrektiv jene Rede- und Medienwirklichkeiten besitzen, denen sie selbst entstammen. Eben an der Schnittstelle zwischen der sozialisatorischen Wirkung der Massenmedien und jener der lebensweltlichen Kommunikationspraktiken fließt somit die ergiebigste Quelle ideologischen Denkens. Genau in dieser „soft‘ world of everyday routine reality which is so often neglected and ridiculed“<sup>20)</sup>, setzen die neueren soziologischen Theorien der Wirklichkeitskonstruktion an. Es handelt sich dabei um einen sozialen Prozeß, in welchem objektive, symbolische und subjektive Realität miteinander verbunden sind und in Wechselwirkungen stehen: zwischen objektiver und Medienrealität, zwischen Medienrealität und subjektiver Realität sowie zwischen objektiver Realität und subjektiver Realität.

Ob nun im Rahmen einer Theorie der Wirklichkeitskonstruktion betrachtet oder im Zusammenhang geläufiger Ansätze — die Schlüsselstellung der Wirklichkeitsvermittler ist evident. Sie wird noch deutlicher, wenn man die Frage danach aufwirft, *wer die Tagesordnung der Gesellschaft bestimmt*. Insbesondere in den USA ist in den letzten Jahren die Erforschung der „agenda setting function“ vorangetrieben worden. Da Öffentlichkeit das Lebenselixier demokratischer Kommunikation ist, wird die Frage wichtig, wie ein Thema überhaupt Karriere machen kann. Sie mündet in die Frage nach den Selektionskriterien, nach denen die professionellen *Schleusenwärter der Kommunikation* Zugangschancen zur Öffentlichkeit zuteilen oder verweigern. Nach allem, was wir wissen, sind es Kriterien berufspraktischer Opportunität. Diesen Kriterien unterliegen auch die demokratisch legitimierten Institutionen — Parlamente, Parteien und Abgeordnete. Ihr Zutritt zur demokratischen Kommunikation unterliegt der Kontrolle durch Instanzen, die keineswegs vergleichbaren Legitimations- und Kontrollmechanismen unterworfen sind. Es sollte die Aufmerksamkeit geschärft werden für die Möglichkeit der Medien, sich beispielsweise

<sup>19)</sup> Literaturangaben bei W. J. Patzelt, Grundlagen . . . (Anm. 18) in den oben bezeichneten Passagen und in ders., Ein alltagsanalytisches Paradigma?, ebda., II, S. 195 f.

<sup>20)</sup> M. Los, Phenomenological Sociology, in: A. Podgórecki/M. Los, Multi-dimensional sociology, London 1979, S. 83.

durch Verweigerung gleichsam negativ in die Formulierung und Gestaltung der politischen Ziele einer Gesellschaft einzumischen. Die bisher interessanteste Untersuchung im deutschen Sprachraum wies immerhin nach, daß Themen und Meinungen, die in der Öffentlichkeit meßbar vorhanden sind, an der Medienbarriere scheitern können und dann auch, weil sie das Ohr der Journalisten nicht finden, in der Öffentlichkeit zurücktreten<sup>21)</sup>. Der Öffentlichkeit werden ihre Themen also nicht immer vermittelt, sondern offensichtlich auch entwunden.

In besonderer Weise wirklichkeitskonstruktiv sind im umgekehrten Fall ‚Pseudo-Ereignisse‘<sup>22)</sup>, die ausschließlich zum Zwecke der Berichterstattung inszeniert werden und sich ohne diese Intention nicht ereignen würden. Sie reichen von Fernsehdiskussionen, Pressekonferenzen, spektakulären

Aktionen bis hin zur medienwirksam inszenierten terroristischen „Propaganda der Tat“. Diese Inszenierungen rufen strukturelle Veränderungen klassischer Instrumente politischer Willensbildung hervor. Politikerreden im Wahlkampf adressieren nicht mehr das anwesende Publikum, sondern das Fernsehpublikum. Einerseits zieht der zum Statisten degradierte Bürger daraus die Konsequenz und meidet derartige Veranstaltungen. Andererseits konzentriert sich sein Interesse auf die wenigen Matadore, die den Zutritt zum Medium genießen. Daraus entwickelte sich ein schleichender Bedeutungsverlust für Politik und Politiker im lokalen und regionalen Raum — und es wäre wichtig, einmal aufzuklären, inwiefern diese Entwicklungen auf die pejorativen Tendenzen bei der Rekrutierung unseres politischen Führungspersonals Einfluß genommen haben.

### III. Defizite der Forschung

Die Forschung läßt uns mit diesen Fragen allein. Sie offenbart einen erstaunlichen Mangel an Studien über Auswirkungen der Medien auf soziale, politikrelevante Strukturen, Normen und Werte<sup>23)</sup>. Besitzt die Kommunikationswissenschaft Sensibilität für wichtige makroanalytische Perspektiven? Ihre eigene Antwort lautet im Klartext: nein<sup>24)</sup>. Noch mehr läßt uns die Politikwissenschaft im Stich. In ihr dominieren traditionelle oder neuere policy-orientierte Fragestellungen. Die kommunikativen Aspekte von Macht, System und politischer Willensbildung wurden kaum gesehen; K. W. Deutschs Ansatz<sup>25)</sup> blieb Episode. Immerhin hatte er auf den Zusammenhang von Werten, Macht und Kommunikation hingewiesen.

Das Konzept selbst und Einzelforschungen zur politischen Kultur müßten eigentlich der Wirkung von

Medien hohe Aufmerksamkeit zuwenden. Sie scheinen sie jedoch mehr als wichtiges Element zu akzeptieren, ohne ihren Beitrag zu Bildung, Bestand und Wandel politischer Kultur wirklich zu thematisieren. Almond und Verba sehen in ihrem initierenden Opus die Medien als Teil der komplexen Infrastruktur des Gemeinwesens und interessieren sich für sie besonders unter dem Aspekt der Vermittlung von Output-Kenntnissen<sup>26)</sup>; als Mitkonstrukteure politischer Kultur, als Vermittler von Weltsicht und Wertorientierung, als Wirklichkeitskonstrukteure interessieren sie offensichtlich nicht. Ganz ähnlich verhält es sich mit Nachfolgestudien<sup>27)</sup> und mit der Übernahme des ‚political culture approach‘ in der deutschen Forschung. Dabei kommt es vor, daß bei der Beurteilung relevanter Faktoren im Bereich individueller Persön-

21) Elisabeth Noelle-Neumann/Hans Mathias Kepplinger, Journalistenmeinungen, Medieninhalte und Medienwirkungen, in: G. Steindl (Hrsg.), Publizistik als Profession. Festschrift für Johannes Binkowski, Düsseldorf 1978, S. 41–68.

22) Daniel Boorstin, Das Image oder was wurde aus dem amerikanischen Traum, Reinbek 1964, S. 16 ff.

23) Medienwirkungsforschung I (Anm. 1), S. 8.

24) Max Kaase/Wolfgang Langenbacher, Medienwirkungen auf Gesellschaft und Politik, in: Medienwirkungsforschung I (Anm. 1), S. 13–28. Vgl. ebenda auch S. 5: Diese Forschung habe „zur Lösung von Problemen der gesellschaftlichen Praxis bisher keinen wesentlichen Beitrag geleistet“.

25) Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg 1969. Anscheinend beginnt das Thema nun erkannt zu werden; vgl. Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Stuttgart 1987, dort insbes. den Beitrag von Winfried Schulz, Politikvermittlung durch Massenmedien, S. 129 ff.

26) Gabriel Almond/Sidney Verba, The Civic Culture, Princeton 1963, S. 5 und 94.

27) L. Pye/Sidney Verba (Hrsg.), Political Culture and Political Development, Princeton 1972, S. 86, 91, 432 ff. Ähnlich kritikbedürftig: Peter Reichel (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa, Frankfurt–New York 1984.

lichkeitsbildung die Medien gar keine Erwähnung finden<sup>28)</sup>). Ebenso ergeht es der Kommunikationswissenschaft im Rahmen eines Versuchs, politische Kulturforschung systematisch in den Sozialwissenschaften zu verankern<sup>29)</sup>. Sie wird dabei gar nicht aufgeführt. Ist Kommunikationswissenschaft etwa keine Sozialwissenschaft und politische Kommunikation keine Kommunikation? Wie man sieht, führt das festzustellende defizitäre Problembewußtsein zu absurden Fragen. Absurd ist freilich die Lage einer Forschung, die es sich leisten kann, bei der Frage nach den in unserem Kontext bedeutsamen Sozialisationsagenten die Medien auszuklamern<sup>30)</sup>.

Trotz des Aufschwungs, den die Sozialisationsforschung in den siebziger Jahren genommen hat, gibt es „erstaunlich wenige Untersuchungen und kaum gesichertes Wissen über die Rolle der Massenmedien im Prozeß der politischen Sozialisation“<sup>31)</sup>. Eine jüngst erschienene Untersuchung über Jugend und Medien hat den hier interessierenden Themenbereich ausdrücklich ausgeklammert<sup>32)</sup>, und auch dort, wo sie Probleme des Wertwandels diskutiert, geschieht dies nicht unter sozialisations-theoretischer und für die Konstruktion politischer Kultur relevanter Perspektive. Warum eigentlich? Spielen dabei die Interessen der Auftraggeber eine Rolle?

Mit dem bei Lepsius entwickelten Konzept der politischen Generationen<sup>33)</sup> läge ein interessantes Instrument bereit, das zu empirischer Überprüfung geradezu herausfordert. Danach bilden sich politische Generationen abhängig von Zuständen und Ereignissen im spezifischen ‚historisch-sozialen Raum‘ während der Sozialisationsphase. Sie profilieren sich jedoch nicht direkt, sondern durch die Übernahme von Deutungsmustern, die nicht zuletzt durch Publizisten und Journalisten vermittelt werden. Es geht also um mehr als um die Wahrnehmung politischer Informationen und Ereignisse; es geht auch um ihre vorherrschende Deutung.

Damit wird etwa die Frage nach potentieller journalistischer Konsonanz zu einer Schlüsselfrage für die politische Kultur. Aber der jüngst vorgelegte Versuch, das Generationenkonzept zu operationalisieren, stößt zu diesem Problem nicht vor. Er behandelt überhaupt die Medien als Sozialisationsagenten ziemlich konventionell und beschränkt ihren direkten Einfluß auf die Wahrnehmungen und Präsentation von politischen Ereignissen<sup>34)</sup>. Werte und Einstellungen, ebenso die Perzeption von demokratischen Institutionen und Verfahren, bleiben ausgeklammert.

Schließlich besitzen wir über die Tatsache und Richtung des politischen Wertwandels trotz allen Interpretationsstreits gesicherte Kenntnisse. Über den Vorgang selbst existieren nur Spekulationen. Welchen Anteil haben die Medien an ihm? Für die politische Kultur besitzt die Entwicklung von den Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Selbstentfaltung- und Selbstverwirklichungswerten<sup>35)</sup> mit all den Folgen, die dieser Trend für die politischen Institutionen und Verfahrensweisen sowie für die Partizipation hat, fundamentale Bedeutung. Von daher müßten wir von der Wertwandelforschung mehr und gesichertere Erkenntnisse erfahren als nur den Hinweis, die Medien seien ein Faktor bei der Wertentwicklung<sup>36)</sup>, oder nur die Grundannahme, daß sie eben wirkten und die Weichen für gewisse Trends in der Gesellschaft auf Dauer dadurch gestellt werden würden, daß die Medien „einstiegen“<sup>37)</sup>.

Gewiß steht die Medienwirkung außer Zweifel. Aber bei ihrer Aufklärung gibt es Defizite — und es scheint auch immer noch Defizite hinsichtlich des Problembewußtseins zu geben. Allerdings läßt sich auch zweifeln, ob der Prozeß politischer Kultur endgültig aufgeklärt wäre, wenn Fragen und Forschungen über die Medienwirkung energischer vorangetrieben würden. Auch andere Disziplinen sind gefragt.

<sup>28)</sup> So etwa bei Dirk Berg-Schlosser, *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München 1972.

<sup>29)</sup> Peter Reichel, *Politische Kultur* (Anm. 2), S. 35.

<sup>30)</sup> So spielen etwa bei Martin und Sylvia Greifenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*, München 1979, im Kapitel über die Sozialisationsagenten die Medien keine Rolle (S. 254 ff.).

<sup>31)</sup> Heinz Bonfadelli, *Die Sozialisationsperspektive in der Massenkommunikationsforschung*, Berlin 1981, S. 336.

<sup>32)</sup> Heinz Bonfadelli u. a., *Jugend und Medien*, Frankfurt 1986, S. 58 f.

<sup>33)</sup> M. Rainer Lepsius, *Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen*, in: *PVS*, 14 (1973), S. 295–313.

<sup>34)</sup> Helmut Fogt, *Politische Generationen*, Opladen 1982, S. 67 f., 80.

<sup>35)</sup> Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel*, Frankfurt–New York 1985<sup>2</sup>.

<sup>36)</sup> Ebenda, S. 145.

<sup>37)</sup> Helmut Klages/Willi Herbert, *Wertorientierung und Staatsbezug*, Frankfurt–New York 1983, S. 19.

## IV. Medienwirkungen — Anknüpfungspunkte in der politischen Sozialisationsforschung

Daß die Medien nicht deutlicher ins Zentrum politischer Sozialisationsforschung gerückt worden sind, hat seine Ursachen in zwei lange Zeit vorherrschenden Grundannahmen der Wirkungsforschung: Zum einen wurde die Priorität direkter, interpersonaler Kommunikationsprozesse angenommen, zum anderen wurde auch hier die Geltung der klassischen Verstärkerhypothese unterstellt, die lautete, Medien veränderten Einstellungen nicht, sondern verstärkten sie nur. Wirkungsforschung setzte darüber hinaus zunächst bei Erwachsenen, also jenseits der Phase politischer Sozialisation an. Erst allmählich wird uns auch bewußt, daß wir in der Massenkommunikation selbst als Erwachsene permanent ‚Sozialisanden‘ sind, ohne dies in der Regel zu reflektieren.

Seit den siebziger Jahren bietet trotz aller Defizite die empirische Sozialisationsforschung genügend Anhaltspunkte für die Verabschiedung der bislang angenommenen, bestenfalls sekundären Rolle der Medien. Chaffee, Ward und Tipton<sup>38)</sup> erklärten die bisherigen Annahmen für zu kurzichtig und wiesen darauf hin, daß es nicht auf Wandel und Bekehrung, sondern zunächst einmal überhaupt auf die Herausbildung von politischen Einstellungen ankäme; wesentlich sei auch nicht die Wirkung der Medien im persönlichen Meinungsstreit, sondern beim Erwerb politischer Kenntnisse, beim Aufbau des Interesses an öffentlichen Angelegenheiten und bei ihrer Sichtweise. Diese These führt direkt zur politischen Kultur.

Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung korrelieren Mediennutzung und politisches Wissen, führt Fernsehen im Gegensatz zur Zeitungslektüre zu verminderter politischer Aktivität und werden die Medien vor allen anderen Sozialisationsagenturen als Hauptquelle für Informationen und Meinungen angegeben. Gerade im Blick auf diesen letzten Befund adressieren Chaffee u. a. ironisch jene Forscher, die lieber ihren eigenen Annahmen glauben als den Auskünften der Menschen über sich selbst<sup>39)</sup>.

<sup>38)</sup> St. H. Chaffee/L. S. Ward/L. P. Tipton, *Mass Communication and Political Socialisation*, in: *Journalism Quarterly*, 47 (1970), S. 647–659, hier zitiert nach dem Abdruck in M. Janowitz/P. Hirsch (Hrsg.), *Reader in Public Opinion and Mass Communication*, New York–London 1981<sup>3</sup>, S. 74–88.

<sup>39)</sup> Ebenda, S. 85.

Chaffee u. a. sind inzwischen mehrfach bestätigt worden. Mehrere Untersuchungen zeigen, daß Kinder und Jugendliche ihre kognitiven Konzepte und Bilder von der Politik zum großen Teil über die Medien bilden und daß diese die Lernprozesse entscheidend beeinflussen. Dabei muß die Politikdarstellung eine Rolle spielen, die offenbar der Komplexität der politischen Willensbildung nicht entspricht. „So ist denn zu vermuten, daß die unterschiedlich intensive Nutzung des Fernsehens und der anderen medialen und interpersonellen Informationsquellen auch zu verschiedenen akzentuierten und strukturierten Wissenskonzeptionen über den politischen Prozeß führt.“<sup>40)</sup> Wahrscheinlich gilt das auch für die fundamentalen Einstellungen und Haltungen zur Politik.

Dies ist zumindest das Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung, welche einen positiven Zusammenhang zwischen politikorientierter Fernsehnutzung, politischen Einstellungen und politischem Informationsgrad ermittelt hat und von daher auf die Möglichkeit schließt, Fernsehen könnte gesellschaftsstützende Konsequenzen für das politische Lernen haben<sup>41)</sup>. Zutreffen scheint jedenfalls, daß die Nutzung politischer Informationsangebote in den Medien Rückwirkungen auf die Perzeption des politischen Systems und auf ein differenzierteres Verständnis des politischen Prozesses besitzt<sup>42)</sup>.

Bonfadellis Zusammenfassung<sup>43)</sup> der insgesamt nicht gerade breiten Forschung macht an allen Ecken und Enden die Relevanz der weithin ja noch aufzuklärenden Fragen für die politische Kultur deutlich; deutlich macht sie auch die Lücken. Wir müßten mehr wissen über die Herausbildung kognitiver Perzeptionen des politischen Systems und des politischen Prozesses sowie über die Ausdifferenzierung und Umstrukturierung fundamentaler politischer Wertorientierungen und Einstellungen. Das

<sup>40)</sup> H. Bonfadelli (Anm. 31), S. 345.

<sup>41)</sup> A. M. Rubin, *Child and Adolescent Television Use and Political Socialization*, in: *Journalism Quarterly*, 55 (1978), S. 129.

<sup>42)</sup> M. M. Convey/A. J. Stevens/R. G. Smith, *The Relation between Media Use and Children's Civic Awareness*, in: *Journalism Quarterly*, 52 (1975), S. 531–538.

<sup>43)</sup> H. Bonfadelli, (Anm. 31), S. 336–355. Vgl. jetzt auch ders., *Zur Sozialisationsperspektive in der Medienwirkungsforschung*, in: Walter A. Mahle (Hrsg.), *Langfristige Medienwirkungen* (Anm. 9), S. 47 ff.

heißt implizit, daß über die bloße Vermittlung politischen Wissens hinaus gefragt werden müßte.

Wichtig erscheint aber vor allem, daß die politische Sozialisationsforschung aus ihrer generationsspezifischen Begrenzung herausgelöst werden müßte;

denn der rasche politische und soziale Wandel macht inzwischen ja auch den Erwachsenen zum permanenten politischen Sozialisanden, den die Medien mit Informationen und Interpretationen überschütten, gegen die er zunehmend weniger eigene Voreinstellungen mobilisieren kann.

## V. Legitimität als Problemfeld

Den Politikwissenschaftler interessiert das hier aufgeworfene Thema vor allem unter dem Aspekt der Legitimität; denn nichts anderes als Legitimität wird bewirkt, wenn es gelingt, die Identität der politischen Kultur in ihrem historischen Entwicklungsprozeß zu sichern. In Kürze seien hierzu vier Problemfelder skizziert:

### 1. Annäherung an die Politik

Allensbacher Erhebungen haben gezeigt, daß das Interesse am Politischen parallel zur Versorgung der Haushalte mit Fernsehgeräten kontinuierlich wuchs. Zugleich aber wandelte sich sein Verständnis: Politik erschien nun weniger als ernste Aufgabe, denn vielmehr als abwechslungsreichspannendes Schauspiel<sup>44</sup>). Politische Informationssendungen werden offensichtlich im Rahmen des Unterhaltungsinteresses verfolgt, weniger mit der Absicht, politische Kompetenz zu gewinnen<sup>45</sup>). Statt dessen baut sich eine Art Pseudokompetenz auf. Aus ihr erwuchs der Anspruch des Rezipienten auf rasche, vermeintlich einfache und eindeutige Problemlösungen. Kompetenz ist also nicht wirklich gestiegen. Gestiegen ist jedoch die politische Erregbarkeit. Affektives Engagement ersetzt die Sicherheit des Urteils. Die Gesamtstrategie eines umfassenden Konzepts politischer Ordnung und eines integrierten Programms politischer Gestaltung wird unterhöhlt durch themenbezogene, zum Teil symbolische und damit austauschbare Politik. Das einzelne Thema veranschaulicht, simplifiziert

und ermöglicht punktuell und aktionsbezogenes Engagement.

Die Ausbreitung des Fernsehens hat die Menschen nur „anpolitisiert“; sie hat sie nicht adäquat informiert und interessiert. Diese Tendenz auf Seiten der Rezipienten läuft konträr zur politischen Wirklichkeit, in der zur Bewältigung der Probleme immer mehr Rationalität und Kompetenz verlangt ist. Aber der kommunikative Brückenschlag der Mandatare zum Wähler gelingt anscheinend nur dann einigermaßen, wenn sich die Politik im publizistisch vermittelten Legitimationsgewerbe anders gibt als sie im Entscheidungsprozeß tatsächlich sein muß. Diese Diskrepanz wiederum scheint gerade zum Bruch mit einem Teil der aktiven politischen Öffentlichkeit und zu dessen kritischer Distanz zur Politik zu führen. Schwartzberg spricht bekanntlich von der Degradierung der Politik durch die Medien zum Showgeschäft<sup>46</sup>).

Eine neuere Tendenz ist wohl, daß mit der Ausdehnung des kommunikativ beherrschten Lebensraums die eigene Wirklichkeitserfahrung des Individuums mehr und mehr durch Wirklichkeitsvermittlung ersetzt wird. Die Medien verfügen über die größere Zahl der Information. Sie sind jenseits der unmittelbaren Umwelterfahrung die einzige Quelle der Wirklichkeitssicht und prägen diese zwangsläufig. Auch wenn die Agenda-Setting-Theorie vielleicht noch ihrer allgemein akzeptablen Ausformulierung harret<sup>47</sup>), kann gar nicht bestritten werden, daß die seit den fünfziger und sechziger Jahren herangewachsenen Generationen in ganz anderer Weise einem medienbestimmten Sozialisationsprozeß ausgesetzt waren als ihre Vorläufer. In den USA liegen z. B. dem Schuleintritt 4 000 Fernsehstunden voraus, in der Bundesrepublik Deutschland 1 000.

<sup>44</sup>) Elisabeth Noelle-Neumann, *Öffentlichkeit als Bedrohung*, Freiburg-München 1977, S. 227 ff.

<sup>45</sup>) Wenn die neuesten Messungen zeigen, daß heute auf den Kabeln jeder vierte Haushalt, der üblicherweise eine der beiden Nachrichtensendungen empfängt, auf Unterhaltungsprogramme der Privaten umsteigt, liegt darin eine Bestätigung dieser Vermutung. Zu den Daten siehe Wolfgang Drasch/Bernward Frank, *Tendenzen im Zuschauerverhalten. Fernsehgewohnheiten und Fernsehreichweiten im Jahre 1986*, in: *Media Perspektiven*, (1987) 4, S. 206 f.

<sup>46</sup>) Roger-Gérhard Schwartzberg, *Politik als Showgeschäft*, Düsseldorf-Wien 1980.

<sup>47</sup>) Renate Ehlers, *Themenstrukturierung durch Massenmedien*, in: *Publizistik*, 28 (1983), S. 167–186.



Nach den jüngsten Untersuchungen sehen Kinder zwischen acht und 13 Jahren täglich knapp eineinhalb Stunden fern. Bei allen Personen über 14 Jahren beträgt die Sehdauer täglich zweieinviertel Stunden<sup>48)</sup>.

Gerade diese frühen Lebensphasen sind bildungs- und einflußoffen; zudem führt der rasante soziale Wandel rasch zu jenem Nullpunkt, an dem es keine abwehrbereiten individuellen Voreinstellungen mehr gibt. Von daher beeinflussen Medien natürlich auch andere erzieherische Faktoren wie die Familie und die sogenannten *peer groups*. Der gesamte Bereich der Politik, der Ideologien und der Legitimationsvorstellungen wird fast ausschließlich in der Vermittlung durch die Medien wahrgenommen. Die Medien bestimmen also ganz wesentlich über die Relevanzstruktur der politischen und sozialen Wirklichkeit<sup>49)</sup>. Nach dem jüngsten Befund scheinen die Themenstruktur der Medien und die der jungen Generation auf dem Felde der Politik weitgehend gleich zu sein<sup>50)</sup>. Eine ältere Untersuchung — ebenfalls in der Bundesrepublik — hat gezeigt, daß die Medien eventuelle diskrepante Themenstrukturen gleichmachen, indem sie ihre eigene schlicht durchsetzen. Zudem wissen wir seit W. Lippmann, daß Berichte über die Wirklichkeit tatsächlich Konstrukte aus Merkmalen sind, die zum Teil in die Wirklichkeit hineinprojiziert werden. Auf die Schlüsselstellung der Wirklichkeitsvermittler wurde bereits hingewiesen.

H. Klages<sup>51)</sup> schildert am Beispiel der perzipierten Wirtschaftslage den Unterschied von Wissen (aus eigener Erfahrung) und Meinen/Fürwahrhalten (aufgrund von Medienbotschaften): Über fast zehn Jahre hinweg (1976—1983) blieb — Ebene des Meinens — die Einschätzung der *allgemeinen* Wirtschaftslage schlechter und schwankend, während — Ebene des Wissens — die *eigene* Wirtschaftslage hoch und stabil bewertet wurde. Die Erklärung dafür liegt in zweierlei Wirklichkeitserfahrung und -vermittlung. In diesem Fall könnte in einem für die Zuwendung zum politischen System hochsensiblen Bereich die Legitimität der aktuellen Politikführung in Zweifel gezogen werden.

Man wird diese Diskrepanz von Wissen und Meinen und die daraus folgenden Medienwirkungsmöglich-

keiten wohl auch auf die grundsätzliche Sichtweise der Politik, auf Probleme des Wertwandels und auf Herausforderungen der Institutionen übertragen dürfen — Zentralbereiche der politischen Kultur. Diskrepanzen dort müssen eher zu Zweifeln an der Legitimität statt zu ihrer Sicherung führen.

## 2. Perzeption des Politischen

Die Sozialisationsforschung hat nicht nur festgestellt<sup>52)</sup>, daß Medieninhalte wirken. Sie hatte auch frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß Medien das politische Geschehen weit weniger komplex darstellen, als es in Wirklichkeit ist. Nachrichtensendungen betonen zudem Einzelereignisse und Personen, während sie längerfristige Strukturen und Prozesse vernachlässigen. Ein realer Informations-, Bildungs- und Partizipationsgewinn scheint nur dann vorzuliegen, wenn sich der politisch Interessierte nicht oder nicht nur dem politischen Angebot des Fernsehens, sondern dem der Zeitungen zugewendet hat. Die Hauptinformationsquelle ist jedoch das Fernsehen (60%), nicht die Zeitung (nur 30%). 74 Prozent der jungen Erwachsenen (25—29 Jahre) sehen häufig oder regelmäßig TV-Nachrichten, immerhin noch 50 Prozent der 16—19jährigen<sup>53)</sup>. Zugleich räumen junge Leute dem Fernsehen auch beträchtlichen Einfluß auf ihre politischen Meinungen ein. Es ist für sie nicht nur das wichtigste, sondern auch das glaubwürdigste Medium<sup>54)</sup> vor Zeitung und Radio. Dieser Befund gilt übrigens nicht nur für die Jugend, sondern für die Bevölkerung allgemein<sup>55)</sup>. Zugleich zeichnet sich seit neuestem eine andere, bedenklichere Tendenz ab, die eine Vertiefung von Information und Rationalität durch Medienkonsum eher unwahrscheinlich macht: die Tendenz zu wachsender Elektronisierung des wahrgenommenen Informationsangebots. Die Zeitung tritt seit den achtziger Jahren als zusätzliche Informationsquelle und als vertiefendes Korrektiv zurück<sup>56)</sup> — eine Fehlentwicklung. Überwiegend fernsehbestimmte politische Sozialisation muß daher auch die gleiche Kritik auf sich ziehen wie die Fernsehinformation selbst. Mit der Fernsehvermittlung hat die Politik bei den Rezipienten zwar an Interesse

<sup>48)</sup> W. Draschin/B. Frank (Anm. 45), S. 197.

<sup>49)</sup> Vgl. R. P. Hawkins/S. Pingree, Using Television to construct Social Reality, in: Journal of Broadcasting, Vol. 25 (1981), S. 349.

<sup>50)</sup> Bonfadelli u. a. (Anm. 32), S. 59.

<sup>51)</sup> H. Klages (Anm. 37), S. 123.

<sup>52)</sup> H. Bonfadelli (Anm. 31), S. 344 f.

<sup>53)</sup> H. Bonfadelli u. a. (Anm. 32), S. 144, 147.

<sup>54)</sup> Ebenda, S. 160 f.

<sup>55)</sup> Marie-Luise Kiefer, Massenkommunikation 1964—1985. Trendanalyse zur Mediennutzung und Medienbewertung, in: Media Perspektiven, (1987) 3, S. 145.

<sup>56)</sup> Ebenda, S. 142.

gewonnen, aber an Seriosität verloren: Politik als unterhaltsames Schauspiel.

Dabei ist der politische Prozeß durch zunehmende Komplexität gekennzeichnet; er stellt daher an die politische Kommunikationsfähigkeit hohe Ansprüche. Effizienzbeweise der Institutionen — ohnehin problematisch genug — reichen nicht mehr aus, sobald akzeptiert ist, daß Legitimität ständig kommunikativ eingelöst werden muß. Damit stellt sich die Frage nach der Darstellung und Wahrnehmung der aktuellen Politik.

Die neuesten Daten weisen die ungebrochene Faszination des Fernsehens aus. Nach wie vor ist es Primärquelle für politische Information, der hohe Glaubwürdigkeit zugewiesen wird: Entzöge man es dem Publikum, würde es in diesem Bereich mehr vermissen als jedes andere Medium. Prestige und Bindung sind eine Folge der Suggestion, die Wirklichkeitstreue der sprachlich vermittelten Information werde durch die Illustration bewiesen. Fernsehen verleiht seinen Botschaften durch Bilder einen besonders hohen Grad an Ausdruckskraft, Attraktivität und Glaubwürdigkeit<sup>57</sup>). Andererseits unterliegt das Fernsehen durch die ihm eigene Gesetzmäßigkeit in hohem Maße dem spezifischen Aktualitätsgebot: Wirklichkeit ohne Neuigkeitswert erscheint nicht berichtenswert.

So vermitteln Medien eine einseitige Auswahl aus der möglichen Beschreibung des Ganzen, dessen Großteil keiner spektakulären Veränderung unterliegt. Die Folge ist ein für den Rezipienten künstlich dynamisiertes Bild einer sich stets und ständig wandelnden Welt — eine Tendenz, die sowohl die Politik als auch die ihr vorausliegenden Wertsysteme erfaßt. Roegele und Noelle-Neumann<sup>58</sup>) haben die Destabilisierung von Orientierungen, Werten und

Normen beschrieben, die eintritt, wenn öffentlich vermittelte Positionen nicht mehr durch konträre Primärerfahrungen korrigiert werden.

Die hier angedeuteten Prozesse werden durch die Eigengesetzlichkeiten des Fernsehens verschärft: Visualisierung, Personalisierung, Ritualisierung. Informationen, die nur verbal zu vermitteln sind, haben eine geringere Chance, präsentiert zu werden, sind schwerer zu verstehen und erzeugen weniger Aufmerksamkeit. Themenkarrieren können bewußt gesteuert werden: Informationsverweigerung oder Illustrationsverweigerung beenden die Aktualität von Themen oder lassen sie gar nicht erst entstehen. Politische Systeme, die sich des Kommunikationssystems bemächtigen, können durch solche Verweigerung Elemente der Wirklichkeit von der Wirklichkeitsvermittlung fast ausschließen. Zum anderen wird fast ausschließlich das „Zeigbare“ dargestellt. Hintergründe und Zusammenhänge, die eine Einordnung des Gezeigten ermöglichen, treten zurück, weil sie schwer gezeigt werden können. Das Weltbild reduziert sich auf ausschnittshafte, durch pointierte Bildkürzel dramatisierte Effekte und Episoden. Bevorzugt darstellen lassen sich Personen und ihre Handlungen. Die Folgen: nur wenige Politiker kommen zu Wort; der kommunikative Positionsvorteil der Regierung gegenüber Parlament und Opposition wird verstärkt; Politik findet überdies immer in den gleichen Situationen statt, ihre Vermittlung konzentriert sich auf die stets gleichen Rituale.

Der reale Ablauf politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse läßt sich jedoch nicht visualisieren: „Die zunehmende Komplexität und die Abstraktheit politischer Probleme sind in ihrer Mehrdimensionalität nur noch in parlamentarischen Ausschüssen, Expertenkommissionen und Diskussionen innerhalb der Exekutive erkennbar, für das Fernsehen werden sie unvermittelbar. Das Opfer dieser Entwicklung ist das Parlament, dessen Gesamtfunktion und Arbeitsweise für den Fernseh Zuschauer immer weniger transparent werden.“<sup>59</sup>) Als Ursache für die kritisierte Personalisierung und Ritualisierung der Politikvermittlung gilt der fernsehbedingte Visualisierungszwang<sup>60</sup>). Die demo-

<sup>57</sup>) Wolfgang Draschin/Bernward Frank, Tendenzen im Zuschauerverhalten. Ergebnisse der kontinuierlichen Zuschauerforschung für das Jahr 1984, in: *Media Perspektiven*, (1985) 4, S. 245–256; vgl. dazu auch: *Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1978/83*, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Allensbach 1984, S. 537–555. Zur Suggestion: Winfried Schulz, Wirkungsqualitäten verschiedener Medien, in: *Rundfunk und Fernsehen*, (1975) 1, S. 57–71, insb. S. 68; Erich Strassner, *Fernsehnachrichten*. Zusammenfassender Bericht über zwei DFG-Projekte, in: *Media Perspektiven*, (1981) 6, S. 446–460.

<sup>58</sup>) Otto B. Roegele, *Massenmedien und Regierbarkeit*, in: Wilhelm Hennis/Ulrich Matz/Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 177–210; Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung — unsere soziale Haut*, München 1980.

<sup>59</sup>) Wolfgang Bergsdorf, Legitimität aus der Röhre, in: *Publizistik*, 28 (1983), S. 40–45, hier S. 42.

<sup>60</sup>) Jay Blumler, *Political Communication. Democratic Theory and Broadcast Practice*, in: Horst Baier u. a. (Hrsg.), *Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Festschrift für Elisabeth Noelle-Neumann*, Opladen 1981; W. Philipps Daviso u. a., *Mass Media-Systems and Effects*, New York 1982; R.-G. Schwartzberg (Anm. 46).

kratische Legitimität hat — wie es Jean-Marie Cotteret und Wolfgang Bergsdorf ausdrücken — mit der Herausforderung der Legitimität aus der Röhre zu rechnen<sup>61)</sup>.

Die Verkürzungen der Fernsehinformation werden als bekannt vorausgesetzt, ebenso ihre Probleme<sup>62)</sup>. Die frühzeitig erkannte Chance, durch Emotionalisierung Aufmerksamkeit zu gewinnen, sei eigens genannt, weil sie zu kritischen Positionen führt, die ebenso scharf wie bisher folgenlos formuliert worden sind: Schwartzberg beklagt die „Privilegierung der Formen mageren intellektuellen Inhalts, die Begünstigung einer ultrapersonalisierten . . . Kommunikation“<sup>63)</sup> — kurzum die Unterwerfung rationalen Urteilsvermögens unter eine neue Affektivität. Man sollte auch Neil Postman ernst nehmen, wenn er den Verfall rationaler Urteilsbildung beklagt<sup>64)</sup>. Während die Bewältigung der politischen Probleme immer mehr Rationalität und Kompetenz verlangt, suggerieren ihre Darstellungsformen und ihre Perzeption bei den Wählern eher das Gegenteil. Die Folge ist eine Kluft zwischen dem Handeln der Politiker im Entscheidungsprozeß und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit, also im Legitimationsprozeß.

Anscheinend besitzen aber inzwischen auch die medienbedingten Formen der Politikdarstellung Rückwirkungen auf die Politikführung selbst: Politik als Showbusiness, Partizipation als Zuschauerhaltung oder als lediglich punktuelle Emotionalisierungsbereitschaft, die generelle Tendenz zur Entnationalisierung — dies alles entspricht nicht dem Idealbild einer demokratischen politischen Kultur, welches rationale Entscheidungs-, Informations- und Partizipationsprozesse zur Voraussetzung hat. Die Legitimitätszweifel, die aus der medienbedingten Politikdarstellung entspringen, sind zumindest bei Minderheiten greifbar.

### 3. Wertwandel

Medien verwalten hohes gesellschaftliches Potential; im Gefolge des technologischen Wandels wird sich dies noch weiter verstärken<sup>65)</sup>. Der neue

<sup>61)</sup> Vgl. W. Bergsdorf (Anm. 59), S. 43.

<sup>62)</sup> Eine pointierte Zusammenfassung bei Heinrich Oberreuter, *Übermacht der Medien*, Zürich 1982, S. 60 ff.

<sup>63)</sup> R.-G. Schwartzberg (Anm. 46), S. 163.

<sup>64)</sup> Neil Postman, *Wir amüsieren uns zu Tode*, Frankfurt 1985.

<sup>65)</sup> Dazu Gerhard Schmidtchen, *Medien und Wertwandel*, in: Theo Waigel/Peter Eisenmann (Hrsg.), *Wertwandel in Staat und Gesellschaft. Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung*, Bd. 34, München 1986, S. 32–38.

(auch: politische) Individualismus hat mit der gestiegenen sozialen Kommunikation zu tun. In einer mobilen Gesellschaft verschwimmen zugleich die Konturen des Moralischen und der Bewertungsmaßstäbe. Was sich als Toleranz gibt, ist oft nur Unsicherheit gegenüber abweichenden Verhaltensweisen.

Im politikrelevanten Bereich vermindert die erhöhte Informationsmenge die Sicherheit des Urteils zugunsten affektiven Engagements. Die Medien halten nur solche Elemente für nachrichtenfähig, die Veränderungen anzeigen. Roegele hat die These aufgestellt, daß in das künstlich dynamisierte Bild einer sich rastlos verändernden Welt auch Werte und Normen einbezogen werden<sup>66)</sup>. Der Rezipient werde irritiert und wankend, wenn das von der Norm Abweichende ständig größere Chancen öffentlicher Aufmerksamkeit besitze. Nicht aus intellektueller Einsicht, sondern aus dem Gefühl, die bisherigen Werte seien zur Ausnahme geworden, würden die neuen Botschaften übernommen. Natürlich ist dies ein „weiches“, mit Methoden empirischer Forschung noch nicht erwiesenes Argument (wiewohl es in der politischen Theoriegeschichte nicht ohne Vorläufer ist). Insofern muß man aufhorchen, wenn Helmut Klages, dessen Verdienste um die empirische Erforschung des Wertwandels wirklich nicht bestritten werden können, nun zu ganz ähnlichen Aussagen für die Entwicklung seit Ende der sechziger Jahre kommt<sup>67)</sup>. Er spricht von der Delegitimierung von Wertüberzeugungen und vom Identitätsverlust, der es den Bürgern nicht erlaube, stabile Einstellungen und Verhaltensorientierungen herauszubilden. Als Mitverursacher spricht er verschiedentlich die Medien an, freilich ohne einen empirischen Nachweis zu führen.

Sieht Klages mehr auf das Individuum, so Roegele mehr auf das politische System. Eine Destabilisierung des Normensystems trifft natürlich eine wertgebundene Ordnung im Kern: Abfall vom Konsens in diesen Fragen trifft politische Kultur an ihrer Wurzel. Die Institutionen stehen gegenüber solchen Angriffen auf verlorenem Posten, während es eigentlich ihre Aufgabe wäre, den Wertkonsens im Wandel zu bewahren oder sozialen Wandel zumindest wertorientiert zu steuern. Ähnlich sieht das auch Ronneberger<sup>68)</sup>, für den die Bewahrung des

<sup>66)</sup> O. B. Roegele, *Massenmedien und Regierbarkeit* (Anm. 58).

<sup>67)</sup> H. Klages, *Wertorientierungen* (Anm. 37), S. 31.

<sup>68)</sup> Franz Ronneberger, *Das Symbol der Unregierbarkeit und die Macht der Medien*, in: *Publizistik*, 28 (1983), S. 487–511.

Grundkonsenses ein permanenter Kommunikationsvorgang ist, angewiesen auf die Unterstützung der Medien und Journalisten. Gerade an dieser Unterstützung bestehen Zweifel.

#### 4. Institutionen und Verfahren

Weithin die gleichen Ursachen werden für die nachlassende Verbindlichkeit der Institutionen angegeben. Ihnen gegenüber ist der Journalismus oft nicht nur eine hyperkritische Instanz. Er schwächt sie, wo sie im Wandel abzuwägen haben. „Der Journalismus nimmt sich dagegen die Freiheit, die Zukunft zu antizipieren, also im Vorhinein zu entscheiden, was dem System dienlich sei. Er mißt die ‚Gesundheit‘ des Systems an Normen, die er selbst setzt, wobei die Neigung besteht, das Neue grundsätzlich dem Älteren vorzuziehen. Das Abschneiden alter Zöpfe kann unter Umständen den ganzen Kopf kosten, und das Zertrümmern von Tabus den Zusammenbruch der ganzen Ordnung auslösen.“<sup>69)</sup>

Eine weitere Herausforderung liegt in der obrigkeitsstaatlichen Fehlinterpretation staatlicher Institutionen. Wo politisches System und Mediensystem die gleichen Werte teilen, müßte das Verhältnis zwischen Institutionen und Medien eher partnerschaftlich als gegnerschaftlich sein.

Die dritte Herausforderung spielt sich auf der Verfahrensebene ab, auf welcher vor allem die unkonventionellen Aktions- und Protestformen aktiver Minderheiten hohe Aufmerksamkeit und große

Medienchancen genießen. Wer bestimmte Ziele erreichen will, muß zur Folgerung kommen, dies nicht innerhalb oder mit den Institutionen zu versuchen, sondern gegen sie und neben ihnen. Die normalen Formen politischer Willensbildung atmen Konventionalität. Sie scheinen sich öffentlicher Aufmerksamkeit geradezu zu entziehen. Aber immerhin sind dies die demokratischen Verfahrensweisen, welche die Verfassung kunstvoll konstruiert und anbietet, und zwar als wichtigen Bestandteil der politischen Kultur. Ihre Herausforderer suchen die Eigengesetzlichkeit der Medien zu nutzen — von der Ausreizung der Grenzen der Verfassung bis hin zur terroristischen Propaganda der Tat<sup>70)</sup>.

#### 5. Fazit

Die Thesen, die hier vorgetragen worden sind, sagen nicht: die Medien gefährden die politische Kultur. Sie besagen nur: Wenn die Ergebnisse der bisherigen Sozialisationsforschung beweisen, daß die Medien Hauptinformationsquellen für Informationen und Meinungen sind, daß ihnen auch Einfluß auf Wert- und Verhaltensorientierungen gegenüber der Politik zugesprochen werden muß, dann ist es nötig, die für die politische Kultur relevanten Problemfelder zu benennen. Es liegt dann an der empirischen Forschung, Zweifel zu zerstreuen oder zu bekräftigen.

<sup>69)</sup> Vgl. etwa Franz Wördemann, *Terrorismus*, München 1977, S. 138 ff. Vgl. auch die bemerkenswerte Medienkritik von Sabina Litzmann, *Das Drama. Geiseln des Bildschirms*, in: FAZ vom 8. 7. 1985.

<sup>69)</sup> Ebenda, S. 501.

## **Claudia Mast: Innovationen im Mediensystem. Herausforderungen, Konsequenzen, Perspektiven**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/87, S. 3–15

Medienpolitische Diskussionen sind in vollem Gange: Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, Beratungen und Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Bundesländer, einzelne Versuche und Experimente, aber auch erste Erfahrungen mit sogenannten neuen Medienangeboten setzen Zäsuren und liefern immer weitere Diskussionspunkte. Die politische Auseinandersetzung im Hinblick auf die Anwendung und vor allem die Abschätzung der Auswirkungen von Innovationen im Mediensystem ist seit vielen Jahren im vollem Fluß und reich an vielfältigen Facettierungen.

Um etwas Licht in den medienpolitischen Dschungel zu bringen und einige Problem- bzw. Handlungsfelder abzustecken, werden (technische) Innovationen in ihren Konsequenzen für das Mediensystem analysiert. Hierbei geht es nicht um die Beschreibung technischer Entwicklungen, sondern um den Wandel der Medienleistungen in seinen Auswirkungen auf die Struktur des Kommunikationssystems.

Die Anwendung technischer Innovationen hat die Geschichte des gedruckten Wortes (Presse) wie auch der Telekommunikation geprägt und ihre Leistungsgrenzen abgesteckt. Daraus hat sich ein vielfältiges Beziehungsgeflecht im Mediensystem entwickelt, dessen Strukturverschiebungen ein hohes Maß an politischer und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit gefunden haben.

Der zu beobachtende Wandel des Mediensystems ist mehr als eine bloße Funktionsverlagerung, sondern enthält Elemente eines grundsätzlichen Strukturwandels, der die Beziehungen zwischen den einzelnen Medien, zwischen den Mediensystemen und den Akteuren verändert. Die Entwicklung der Medien weist auf ein vielfältig verschlungenes System hin, das bislang Getrenntes verbindet, herkömmliche Grenzen aufhebt und letztlich eine politische und wissenschaftliche Grundsatzdiskussion erfordert.

## **Heinrich Oberreuter: Wirklichkeitskonstruktion und Wertwandel. Zum Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/87, S. 17–29

In diesem Beitrag wird, ausgehend vom Konzept der politischen Kultur, ein neuer Zugang zur Frage nach der Bedeutung der Massenmedien für die politische Kommunikation verwendet: Es wird auf die Ansätze zur Analyse der Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit hingewiesen und ihr kommunikationsanalytisches Potential verdeutlicht.

Vor dem Hintergrund dieses Problemaufrisses werden sodann Defizite der Erforschung politischer Kommunikation herausgearbeitet. Insonderheit geht es um die Untersuchung von Medienwirkungen auf der individuellen Ebene des Sozialisationsprozesses und auf der gesellschaftlichen des Legitimationsprozesses. Dabei werden vier Problemfelder anhand vorliegender Forschungsergebnisse behandelt: die lediglich ‚anpolitischierende‘ Wirkung des Fernsehens; die medial induzierten Fehlperzeptionen des Politischen; die Rolle der Massenmedien für den festzustellenden Wertwandel und die medialen Darstellungsprobleme des Sinns von Institutionen und Verfahren. Das Fazit: Medien gefährden zwar nicht politische Kultur, haben aber so nachhaltige Wirkungen auf sie, daß theoretisch komplexere und empirisch umfassendere Forschung auf den Plan gerufen ist.